

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 4

April 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Rascher Rückgang der Arbeitslosigkeit — Lebhaftige Bautätigkeit, Engpässe auf Investitionsgütermärkten — Wachsendes Defizit der Handelsbilanz — Starke Kreditausweitung schmälert Krediterteilungsreserve

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Die Verkehrsintegration der Montan-Union — Außenhandel

Österreichs Handelsverkehr mit Italien

Zur Stabilisierung des Schweinepreises

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Rascher Rückgang der Arbeitslosigkeit — Lebhaftige Bautätigkeit, Engpässe auf Investitionsgütermärkten — Wachsendes Defizit der Handelsbilanz — Starke Kreditausweitung schmälert Krediterteilungsreserve

Die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai, wenige Wochen nach den erfolgreichen Verhandlungen der österreichischen Regierungdelegation in Moskau, bringt für die österreichische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik eine Fülle außergewöhnlicher Aufgaben, große Verpflichtungen, aber auch neue Möglichkeiten. Das Institut wird die Bedeutung des Staatsvertrages und seine voraussichtlichen Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben in einer Sonderuntersuchung darstellen, sobald über die von der sowjetischen Besatzungsmacht zurückgegebenen Betriebe und Vermögenswerte ein genauerer Überblick gewonnen werden kann.

Infolge des späten Winters lief die Frühjahrssaison heuer nur zögernd an. Beschäftigtenzahl, Einzelhandelsumsätze, Verkehrsvolumen und offenbar auch die Industrieproduktion stiegen im März weniger, als saisongemäß zu erwarten war. Aber schon im April hat sich die Wirtschaft kräftig belebt. Die Zahl der Stellensuchenden nahm sprunghaft ab, die Bauwirtschaft läuft bereits auf vollen Touren, auch die Industrieproduktion hat nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes eine neue Rekordhöhe erreicht.

Während sich die Produktion der meisten Konsumgüterindustrien noch ohneweiteres ausweiten

könnte und die Letztverbraucherpreise bemerkenswert stabil sind, mangelt es im Baugewerbe und in vielen Investitionsgüterindustrien zunehmend an Arbeitskräften, Kapazitäten und vielfach auch an Rohstoffen und Vorprodukten. Obwohl namhafte Devisenreserven für zusätzliche Importe mobilisiert werden, bleibt das Angebot an Investitionsgütern hinter der lebhaften öffentlichen und privaten Nachfrage zurück. In dieser Situation ist es für die innere und äußere finanzielle Stabilität der Wirtschaft von großer Bedeutung, daß der Investitionsboom durch eine vorsichtige Währungs- und Budgetpolitik im Zaume gehalten wird. Es ist die Frage, ob dieser Effekt gleichsam automatisch eintreten wird, weil die Kreditinstitute schon an den Kreditplafond stoßen und nicht mehr in der Lage sein werden, im bisherigen Umfang zusätzliche Kredite zu gewähren, oder ob es zusätzlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedarf, den Überdruck in einzelnen Bereichen der Binnenwirtschaft, insbesondere in der Bauwirtschaft, zu dämpfen.

Nach den etwas enttäuschenden Märzergebnissen wurde der *Arbeitsmarkt* im April besonders kräftig entlastet. Die Wirtschaft nahm 73.200 neue Arbeitskräfte auf, um 9.200 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der *Beschäftigten* überschritt um 40.600 die 2-Millio-

nen-Grenze, die im Vorjahr erst im Juni erreicht wurde. Die lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften schöpft die verfügbaren Arbeitskrätereserven zunehmend aus. Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im April um 73.400, gegen 61.800 im Vorjahr. Sie war Ende April mit 120.700 um 58.700 niedriger als im April 1954 und nur noch um 1.300 höher als im Inflationsjahr 1951. Die Rate der Arbeitslosigkeit war mit 5,6% sogar niedriger als Ende April 1951, da zur Zeit um 71.600 Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden. Die günstige Arbeitslage spiegelt sich auch in der Zahl der *offenen Stellen*, die im April um 3.500 stieg und mit 31.900 um 9.900 höher war als im April 1954.

Die starke Belegung des Arbeitsmarktes im April ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Bauwirtschaft das durch den langen Winter verlorene Terrain rasch aufzuholen suchte. Ende März gab es noch 55.700 arbeitslose Bauarbeiter, Ende April nur noch 16.500, um 17.500 weniger als im April 1954 und bereits um 1.000 weniger als im April 1951. Obwohl die bisher von den Besatzungstruppen, namentlich in Salzburg beanspruchten Baukapazitäten durch den Abschluß des Staatsvertrages frei werden, wird die Saisonspitze im Baugewerbe heuer voraussichtlich noch stärker sein als im vergangenen Jahr. Bevor noch der Höhepunkt der Bausaison erreicht ist, sind bereits qualifizierte Arbeitskräfte sehr knapp und nur gegen Sondervergütungen zu bekommen, die Baustoffproduktion ist bis Herbst ausverkauft. Unter diesen Umständen sind unerwünschte Rückwirkungen auf Preise und Löhne und auf die Struktur des Arbeitsmarktes nicht ausgeschlossen. Die zuständigen Stellen konnten sich bisher über praktische Maßnahmen nicht einigen. Die Bauinnung schlug vor, dem Mangel an Arbeitskräften mit italienischen Saisonarbeitern abzuwehren und mit ihrer Hilfe während der warmen Jahreszeit möglichst viele Rohbauten aufzuführen. Die Innenausstattung könnte in den Wintermonaten tausenden Menschen Arbeit geben. Die Gewerkschaften dagegen wollen das Problem der übermäßigen Sommerspitzen und der hohen Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe durch eine gleichmäßigere Verteilung der Bauten und der Beschäftigung über das ganze Jahr möglichst mit heimischen Arbeitskräften allein lösen.

Es handelt sich hier um ein kompliziertes wirtschaftspolitisches Problem, das in den vergangenen Jahren zwar wiederholt angefaßt, aber doch nie konsequent durchgearbeitet und verfolgt wurde. Die anhaltende Hochkonjunktur mag, unterstützt durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, der Winterarbeitslosigkeit einiges an Schärfe genommen haben. Dafür

beschwört jetzt die überhitzte Baukonjunktur im Sommer und Herbst Gefahren herauf, die für die gesamte Wirtschaft nicht minder nachteilige Folgen haben könnten als eine übermäßige Winterarbeitslosigkeit. Dieser schwierige volkswirtschaftliche Fragenkomplex, in dem sich Bereiche der Verwaltung und Wirtschaft, öffentliche und private Interessen, Unternehmer- und Arbeiterstandpunkte begegnen, ist ein Koordinationsproblem ersten Ranges, dessen Fäden auf hoher wirtschaftspolitischer Ebene zusammengefaßt werden müssen. Es ist anzunehmen, daß sich das am 9. November 1954 für die Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit eingesetzte Ministerkomitee auf seiner nächsten Tagung Ende Mai oder Anfang Juni nicht damit begnügen wird, dem Bund und anderen öffentlichen Gebietskörperschaften lediglich die Einschränkung der Bautätigkeit im Sommer zu Gunsten der Winterbautätigkeit zu empfehlen, sondern daß der akute Anlaß benutzt werden wird, das diffizile Problem in seiner ganzen Breite und Tiefe aufzurollen.

Die *Industrie* erzeugte im Februar je Arbeitstag um 4,0% mehr als im Jänner und um 21,4% mehr als im Februar 1954. Der saisonbereinigte Produktionsindex erreichte mit 216 (1937 = 100) eine neue Rekordhöhe. Überaus günstig entwickelten sich nach wie vor die Industrien für Grundstoffe und Investitionsgüter. Die Eisen- und Metallhütten, die Gießereien, die Fahrzeug-, Baustoff- und Maschinenindustrie erzeugten um über 30% mehr als im Februar 1954. Etwas geringer war die Zuwachsrate im Bergbau (+ 6%) und in der Magnesitindustrie (+ 12%), die bereits zu Beginn des Vorjahres eine ausnehmend gute Konjunktur hatten. Die Konsumgüterindustrien konnten im allgemeinen mit dem stürmischen Aufschwung der Investitionsgüterindustrien nicht Schritt halten. Aber auch sie produzierten durchwegs mehr als im Vorjahr: die Textilindustrie um 11%, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 12% und die Schuhindustrie sogar um 38%. Dagegen leidet die ledererzeugende Industrie darunter, daß Bodenleder immer mehr durch Gummi und andere Kunststoffe verdrängt wird. Im Februar wurde wohl um 11% mehr Oberleder, aber um 1% weniger Unterleder erzeugt als im Vorjahr. Nach den Ergebnissen des *Konjunkturtestes des Institutes* hat sich die Frühjahrsaison in den Investitionsgüterindustrien — nach verhältnismäßig schwachem Beginn im März — im April kräftig fortgesetzt.

Je weiter die Saison fortschreitet, desto weniger vermag die Industrie die lebhaftere Nachfrage nach Investitionsgütern zu decken. Viele Betriebe nützen ihre Kapazität voll aus, andere haben Mühe, Arbeits-

kräfte oder Vormaterialien in ausreichender Menge und Qualität zu erhalten. Den Gießereien mangelt es an Gußbruch, die eisenverarbeitende Industrie klagt, daß sie zu wenig Walzware erhält. Ein großes Werk versorgt seine Kunden nur noch in Höhe der Lieferungen vom Jahre 1954. Für knappe Sorten bestehen Lieferfristen von einem Jahr und länger. Der Engpaß an Walzware wirkt sich gegenwärtig nur deshalb noch nicht voll aus, weil viele Verarbeitungsbetriebe noch Vorräte besitzen. Immerhin mußte die Schraubenindustrie bereits Exporte drosseln, im Dampfkesselbau hemmt Mangel an Grobblechen die Produktion und für Hebezeuge und Fördermittel mußten, obwohl noch freie Kapazitäten verfügbar sind, die Lieferfristen verlängert werden, weil die nötigen Vormaterialien fehlen.

Das Frühjahrsgeschäft des Einzelhandels hat im März wenig befriedigt. Die Umsätze stiegen zwar gegenüber Februar um 13%, waren aber wertmäßig nur um 6% und mengenmäßig um knapp 4% höher als im März 1954 (in den vorangegangenen Monaten wurden die Mengenumsätze vom Vorjahr stets um durchschnittlich 12% überschritten). Besonders schlecht schnitt der Handel mit Textilien, Möbeln und Wohnbedarf sowie mit Tabakwaren ab: er verkaufte mengenmäßig um 5%, 3% und 11% weniger als im März 1954. Dagegen wurden um 8% mehr Nahrungsmittel, um 12% mehr Schuhe und — da Ostern in die erste Aprilhälfte fiel — um 26% mehr „sonstige“ Waren, hauptsächlich Photoartikel, Bücher, Spielwaren und Parfümeriewaren gekauft als im Vorjahr. Da der Handel mit einem lebhaften Frühjahrsgeschäft gerechnet hatte, waren die Wareneingänge seit März fast durchwegs größer als die Umsätze. Die Lager, insbesondere an Textilien und Schuhen, haben daher weiter zugenommen und werden vielfach als zu hoch beurteilt. Der Handel hat daher vielfach im April seine Bestellungen an die Konsumgüterindustrien reduziert.

Der mäßige Geschäftsgang des Einzelhandels im März war zum Teil sicherlich eine Folge des spätwinterlichen Wetters. Viele Konsumenten haben offenbar mit Anschaffungen für die Frühjahrssaison zugewartet oder sie zunächst überhaupt zurückgestellt. Es scheint jedoch, daß auch aus anderen Gründen der Konsum nicht mehr so rasch wächst wie bisher. Jedenfalls lagen die Mengenumsätze im Einzelhandel im III. und IV. Quartal 1954 um 10% und um 12% über dem entsprechenden Vorjahresstand, im I. Quartal 1955 aber nur noch um 9%.

Das allgemeine Preisniveau ist im April saisonbedingt leicht zurückgegangen. Die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sanken

von Mitte März bis Mitte April um 0,1% und 1,5%. Im Großhandel wurden Kartoffeln, Kupfer, Blei und Zinn teurer, Zucker, Schweinefleisch, Baumwolle, Jute und Kautschuk billiger. Der Rückgang des Lebenshaltungskostenindex resultiert hauptsächlich aus saisonbedingten Verbilligungen von Gemüse. Bei den nicht saisongebundenen Waren hielten sich Preissteigerungen (Seife, Marmelade, Rind- und Kalbfleisch) und Preissenkungen (Zucker, Glühlampen, Schweinefleisch und Speckfilz) annähernd die Waage. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Großhandelspreise Mitte April um 6,2%, die Lebenshaltungskosten — ohne Berücksichtigung der stark vom Wetter abhängigen Gemüsepreise — um 2,3% höher.

Die Märkte für Schweine haben sich weiter entspannt. Dank einem reichlichen Angebot sanken die Großhandelspreise für Schweine im April unter die Grenze von S 12,50 je kg Lebendgewicht, die durch Marktinterventionen gehalten werden soll. Um einen stärkeren Preisrückgang zu verhindern, mußten 4.600 Stück (mehr als die Hälfte einer durchschnittlichen Wochenlieferung) aus dem Markt genommen werden. Der hohe Schweinebestand — Ende März wurden 2,42 Mill. Stück Schweine gezählt, um 11% mehr als im Vorjahr — wird auch in den nächsten Monaten eine reichliche Belieferung der Märkte ermöglichen und einen Druck auf die Preise ausüben. Die Landwirtschaftspolitik hofft, durch eine geeignete Vorrats- und Außenhandelspolitik die Preisschwankungen innerhalb der vorgesehenen Spanne von S 12,50 und S 13,50 je kg Lebendgewicht zu halten und damit eine Wiederholung des fatalen „Schweinezyklus“ zu verhindern. Tatsächlich nützt die periodische Wiederkehr eines Überangebotes an Schweinen zu gedrückten Preisen und einer unzureichenden Anlieferung zu stark erhöhten Preisen weder den Landwirten noch den Konsumenten, sondern bildet nur einen Störungsfaktor für die Gesamtwirtschaft. Es ist allerdings zu überlegen, ob die von allen Seiten erwünschte gleichmäßige Belieferung des Schweine-marktes durch eine Stabilisierung der Schweinepreise erreicht werden kann, oder ob man nicht eher an eine Stabilisierung des Ertrages der Schweinezucht denken sollte, der wieder von der Entwicklung der Kosten abhängt. (Siehe Aufsatz „Zur Stabilisierung des Schweinepreises“ auf Seite 162.)

Auch auf dem Holzmarkt gingen die Preise seit Februar leicht zurück, obwohl man von der ursprünglichen Absicht, monatlich nur 180.000 m³ Schnittholz für den Export freizugeben, inzwischen abging und für die Monate Juni, Juli und August ein Globalkontingent von 689.400 m³ festlegte und überdies weitere Exportkontingente für Windwurfholz in Aus-

sicht stellte. Durch diese Maßnahmen werden sich die Holzpreise, die ursprünglich fühlbar gesenkt werden sollten, voraussichtlich auf dem gegenwärtig hohen Niveau halten.

Der *Außenhandel* ist weiterhin stark passiv. Die *Einfuhr* stieg im März um 26% auf 2.077 Mill. S. Sie erreichte volumenmäßig mit 184 (1937 = 100) eine neue Rekordhöhe und blieb wertmäßig nur um 30 Mill. S unter dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1954. Gegenüber Februar stieg die Einfuhr in allen wichtigen Warengruppen, am stärksten die von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Die rasche Ausweitung der Produktion und die Knappheit an heimischen Vorprodukten zwingt die Industrie, ihren Rohstoffbedarf in höherem Maße aus dem Ausland zu decken und legt ihr nahe, die Vorräte vorsorglich zu ergänzen. Sie bezog im März um 47% mehr Rohstoffe aus dem Ausland als ein Jahr vorher, wiewohl die Produktion nur um etwa 20% ausgeweitet wurde. Auch Investitionsgüter werden zunehmend aus dem Ausland bezogen, das vielfach billiger und prompter liefern kann als die heimische Industrie. Die Einfuhr von Maschinen und Apparaten erreichte zwar nicht wieder die durch besondere Umstände erklärbare Rekordhöhe vom Dezember 1954, war aber um 45% höher als im Februar und zeigt weiterhin eine steigende Tendenz. Die hohe Investitionsneigung im Inland und die Schwierigkeit, heimische Investitionsgüter termingerecht zu erhalten, veranlaßten die Außenhandelsbehörden, auch die Einfuhr nicht liberalisierter Maschinen in größerem Umfange zuzulassen.

Die *Ausfuhr* konnte mit der stark steigenden Einfuhr nicht Schritt halten. Sie stieg zwar saisonbedingt um 171 Mill. S auf 1.462 Mill. S, blieb aber wert- und volumenmäßig beträchtlich unter dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1954. Nur einzelne besonders konjunkturbegünstigte Waren, wie Eisen und Stahl, Aluminium, Magnesit und — trotz Einschränkung der Exportbewilligungen — auch Holz, wurden in größeren Mengen exportiert.

Da die Einfuhr stärker zunahm als die Ausfuhr, stieg das Passivum der *Handelsbilanz* von 353 Mill. S im Februar auf 615 Mill. S im März, den bisher höchsten Stand. Nur ein Teil dieses Defizits konnte durch Deviseneinnahmen aus unsichtbaren Transaktionen wettgemacht werden. Der Fremdenverkehr brachte im März nur 103 Mill. S Devisen, um 14 Mill. S weniger als im März 1954, wiewohl die Zahl der Ausländerübernachtungen im gleichen Zeitraum um 29% gestiegen ist. Trotz zusätzlichen Deviseneinnahmen aus anderen Quellen mußte die Notenbank im März per Saldo 193 Mill. S und im April

weitere 236 Mill. S Devisen abgeben. Ihre Netto-devisenguthaben lagen Ende April mit 8.116 Mill. S um 1.558 Mill. S unter dem bisherigen Höchststand von Ende Oktober 1954. Das Defizit in der EZU ist von 13,4 Mill. Dollar im März auf 15,8 Mill. Dollar im April gestiegen. Der rasche Abbau der österreichischen Guthaben bei der EZU geht zum Teil darauf zurück, daß Österreich in größerem Umfang amerikanische Waren über westeuropäische Länder bezieht. Trotzdem ist die österreichische Handelsbilanz auch im direkten kommerziellen Verkehr mit den USA stark passiv. Der indirekte Import aus den USA ist gegenwärtig nur um 2% bis 3% teurer als direkte Einkäufe und hilft Dollar sparen. Dieser Vorteil wird allerdings immer geringer, da die Guthaben Österreichs bei der EZU schwinden und die Monatssalden nach dem neuen Abrechnungsmodus künftig ohnehin zu 75% in Gold abgedeckt werden müssen.

Während es bisher nur den hohen Einfuhrüberschüssen zu danken war, daß in der teilweise schon an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßenden Binnenwirtschaft übermäßige Auftriebskräfte gedämpft wurden, werden in nicht allzu ferner Zukunft voraussichtlich auch von der *Kreditseite* konjunkturbremsende Kräfte wirksam werden. Der Spielraum, den die Kreditabkommen vom Jahre 1952 für eine weitere Kreditexpansion lassen, hat sich im März weiter stark verengt. Die Krediterteilungsreserve der Banken und Kreditgenossenschaften — über die Sparkassen liegen keine Zahlen vor — betrug Ende März 1955 nur 664 Mill. S, gegen 2.654 Mill. S im März 1954. Einzelne Institute haben ihren Kreditplafond bereits stark überschritten. Gleichzeitig sank die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute von 28,1% auf 13,9% und die zweite Liquidität von 59,2% auf 47,3%. Die erste Liquidität war damit bereits um 1,1% niedriger als der vereinbarte Mindestsatz. Die Institute werden daher einen Teil ihrer überschüssigen Mittel zweiten Grades von 1.065 Mill. S (hauptsächlich Besatzungskostenschatzscheine und Handelswechsel) abstoßen und stärker als bisher die Notenbank beanspruchen müssen.

Die abnehmende Liquidität der Banken und das Schrumpfen des Kreditpotentials sind zum Teil eine Folge der passiven Zahlungsbilanz. Die Devisenkäufe der Notenbank vermindern den Zahlungsmittelumlauf und entziehen den Kreditinstituten Scheckeinlagen. Der Einlagenzuwachs war im I. Quartal 1955 trotz lebhafter Spartätigkeit und hoher Kreditausweitung mit 1.340 Mill. S um 595 Mill. S geringer als im I. Quartal 1954. Während also

den Kreditinstituten seit einiger Zeit weniger neue Einlagen zufließen und daher auch der vom Einlagenzuwachs abhängige Kreditplafond nur verhältnismäßig langsam steigt, haben die Kreditinstitute seit Monaten im großen Stil zusätzliche kommerzielle Kredite gewährt und in größerem Umfang Wertpapiere übernommen. Im März wurden in Höhe von 513 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite erteilt, um 57 Mill. S mehr als im Februar und um 282 Mill. Schilling mehr, als gleichzeitig auf Sparkonten eingelegt wurde. Damit wurde das Kreditvolumen innerhalb des letzten halben Jahres um 3.028 Mill. S vergrößert. Das entspricht einer Jahresrate der Kreditexpansion von 37%.

Die verminderte Flüssigkeit des Geldmarktes wird künftig eine merkliche Verlangsamung der Kreditexpansion erzwingen. Die Kreditinstitute werden strengere Maßstäbe bei der Vergebung von Krediten anlegen müssen, die Zinssätze werden — soweit sie frei beweglich sind — wieder anziehen¹⁾, und die Notenbank wird stärkeren Einfluß auf den Geldmarkt und das Kreditvolumen gewinnen. Auch die Aufsichtsbehörde drängt stärker als bisher auf die Einhaltung der Kreditabkommen. Den Kreditinstituten wurde bereits nahegelegt, die Finanzierung von Ratengeschäften und Vorratskäufen möglichst einzuschränken.

Die Verknappung auf dem Geldmarkt wird sich allerdings aus verschiedenen Gründen nur allmählich einstellen. Plötzliche und schockartige Reaktionen sind zunächst kaum zu befürchten, weil die Zahlungs-

¹⁾ Die Österreichische Nationalbank hat bereits mit Wirkung vom 20. Mai 1955 die Bankrate von $3\frac{1}{2}\%$ auf $4\frac{1}{2}\%$ erhöht.

bilanz in den Sommermonaten saisonbedingt wieder aktiv sein und dem Geldmarkt vorübergehend flüssige Mittel zuführen wird. Auch die Nationalbank wird die Wechselzensur nicht sofort, sondern erst in dem Maße strenger handhaben können, als sich die Institute dem im Jahre 1952 festgelegten Rediskontplafond von rund 1'5 Mrd. S nähern. Ende April hatte die Nationalbank in ihrem Portefeuille erst 310 Mill. S Wechsel. Weiters wird es einzelnen mit Liquiditätsschwierigkeiten kämpfenden Banken möglich sein, Zwischenbankkredite von der Postsparkasse und anderen noch verhältnismäßig flüssigen Instituten an sich zu ziehen, wenn sie höhere Zinssätze bieten. Auf diese Weise könnten gegenwärtig brach liegende Liquiditätsreserven der Industriefinanzierung dienstbar gemacht werden. Schließlich ist bei allen währungspolitischen Überlegungen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Rechnung zu stellen. In der Hochkonjunktur pflegt eine etwas langsamere Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens häufig dadurch wettgemacht zu werden, daß Betriebe und Haushalte nur wenig flüssige Mittel halten und das Geld rascher ausgeben, weil sie die guten Verdienstchancen ausnutzen wollen und die Gefahr eines wirtschaftlichen Rückschlages gering einschätzen. Es kann daher angenommen werden, daß die „Kreditbremsen“ nur verhältnismäßig langsam wirken und zunächst nur wenig dazu beitragen werden, die Spannungen auf dem Bausektor und auf den Investitionsgütermärkten zu mildern.

Alle diese kreditpolitischen Überlegungen erhalten durch den gewaltigen Kapital- und Kreditbedarf, der durch den österreichischen Staatsvertrag zusätzlich geschaffen wurde, eine noch größere Tragweite.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die Kreditexpansion hielt auch im März unvermindert an. Die Kreditinstitute gewährten 513 Mill. Schilling zusätzliche kommerzielle Kredite, gegen 456 Mill. S im Februar und 321 Mill. S im März 1954. Ein namhafter Teil der zusätzlichen Kredite ist wahrscheinlich ebenso wie in den Vormonaten für Importe verwendet worden. Außerdem wurden Kredite zur Überbrückung des Quartalsteuertermins und zur Vorfinanzierung von Anleihen aufgenommen. Auch im April scheint – nach den bereits vorliegenden Ausweisen der Großbanken – die Kreditexpansion nur wenig nachgelassen zu haben. Außer kommerziellen Krediten haben die Kreditinstitute wieder in größerem Umfange titnierte Kredite gewährt, die nicht in der Kreditstatistik aufscheinen. Allein die Aktienbanken und die Hypothekenanstalten erwarben im März um 42 Mill. S Wertpapiere. Im Mai haben die Kreditinstitute größere Bestände an Energieanleihe übernommen: die Sparkassen 380 Mill. S, die Postsparkasse 85 Mill. S und die Hypothekenanstalten 20 Mill. S. Nach Zeichnungsschlu der Energieanleihe wird das Finanzministerium weitere Emissionen genehmigen.

Der Spielraum für eine weitere Kreditexpansion wird zusehends kleiner. Die Krediterteilungsreserve der Banken und der Kreditgenossenschaften sank im März neuerlich um 266 Mill. S auf 664 Mill. S. Unterschreitungen des Kreditplafonds in Höhe von 939 Mill. S standen Überschreitungen von 275 Mill. S gegenüber. Auch wenn die Banken, die ihren Kreditplafond bereits überschritten haben, ihre Kredite nicht einschränkten, bleibt nur ein Kreditspielraum von 669 Mill. S. Er dürfte in einem halben Jahr erschöpft sein, wenn das Kreditvolumen weiter so stark ausgedehnt wird wie in den letzten drei Monaten.

Auch die Liquidität der Kreditinstitute nimmt ab. Die Banken hatten Ende März 1955 nur noch liquide Mittel ersten Grades in Höhe von 13,9% ihrer Einlagen, um 1,1% weniger, als das Kreditabkommen vorschreibt. Im April wird die Liquidität, wie aus den Ausweisen der Großbanken geschlossen werden kann, im Durchschnitt weiter zurückgegangen sein. Da die zweite Liquidität der Banken Ende März mit 47,3% noch um 7,3% über dem vereinbarten Mindestsatz lag, sind sie allerdings noch verhältnismäßig leicht imstande, sich flüssige Mittel zu beschaffen. Sie können Besatzungskostenschatzscheine refinanzieren lassen oder – soweit sie diese schon voll in die erste Liquidität eingerechnet haben – Wechsel zum Rediskont bei der Notenbank vorlegen. In dem Maße als

das Wechselportefeuille der Notenbank zunimmt, wird sie auch wieder stärkeren Einfluß auf die Kreditpolitik nehmen können. Aus den jüngsten Erklärungen der Notenbank zur Währungslage geht hervor, daß sie diesen Einfluß benutzen will, die Kreditausweitung in währungspolitisch vertretbaren Grenzen zu halten. Vorderhand ist allerdings das Wechselportefeuille mit 310 Mill. S für eine wirksame Diskontpolitik der Notenbank noch verhältnismäßig gering.

Die Liquidität der Kreditinstitute nahm vor allem deshalb ab, weil die Zahlungsbilanz seit Herbst stark passiv ist. Im März und April sank der Netto-Devisenbestand der Nationalbank um 193 und 236 Mill. S auf 8.116, das EZU-Defizit erreichte 13,4 und 15,8 Mill. \$. Der Kredit Österreichs an die EZU ist von 44 Mill. \$ zu Beginn des Jahres auf 12 Mill. \$ Ende April gesunken. Die Zunahme des Bargeldumlaufes außerhalb der Banken verringerte die Liquidität nur wenig. Im März dieses Jahres weitete er sich um 32 Mill. S aus. Da die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten mit 14 Mill. S ebenfalls weniger stiegen als im Vorjahr, hat sich die *Geldmenge* im März nur um 152 Mill. S erhöht. Sie lag damit um 21% über der des Vorjahres, gegen 25% zum Jahresbeginn.

Umlaufverringern wirkten die Einlagen auf Sparkonten und der Absatz von Bankschuldverschreibungen. Der Zuwachs auf Sparkonten war im Februar nach berichtigten Zahlen um 12% und im März mit 231 Mill. S (vorläufige Zahlen) um 5% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen wurde durch die Auflegung von 230 Mill. S anderer Obligationen nicht beeinträchtigt, weil der Zinssatz der neuen Anleihen niedriger liegt als der der Pfandbriefe. Im März konnten 54 Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen verkauft werden. Das Quartalsergebnis war mit 108 Mill. S dank einem größeren Absatz von Pfandbriefen um 23 Mill. S höher als im Vorjahr. Während im Vorjahr nur die Hypothekenanstalten diese Papiere emittierten, stammten im I. Quartal 1955 44% der Schuldverschreibungen von Banken.

Am *Aktienmarkt* gingen die Kurse von Mitte März bis Mitte April leicht zurück. Besonders Aktien mit hohem Kursstand, wie z. B. Magnesitaktien, erlitten Kurseinbuen, weil Zweifel über die Umstellungsmoglichkeiten bei der Schillingeroffnungsbilanz auftraten. Mitte April begann jedoch unter dem Eindruck der Verhandlungen über den Staatsvertrag eine neue Hausse. Besonders stark stiegen die Aktien von USIA-Unternehmungen. Die Umsätze in diesen Wer-

ten fanden zum Teil außerhalb der Börse statt, weil sich die an der Börse zulässige Marge für Kurssteigerungen von 5% pro Tag als zu gering erwies.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die Preise haben sich nach der Jahreswende vor allem durch die Entspannung auf den Märkten für Holz und Schweine beruhigt. Sie blieben auch im April im großen und ganzen stabil. Einige Konsumgüter verbilligten sich zu Monatsbeginn, weil Verbrauchssteuern wegfielen. Die Preise auf dem Schweinemarkt gingen weiter zurück, so daß wieder, wie im Jahre 1953, Stützungskäufe vorgenommen wurden. Bei einigen industriellen Roh- und Hilfsstoffen (vor allem Kohle) gehen hingegen gewisse Auftriebstendenzen von den ausländischen Liefermärkten aus. Verschiedentlich wurden in letzter Zeit auch frühere Kostensteigerungen auf die Fertigwarenpreise überwältigt (Papier, Waschmittel usw.). Die Lohnbewegung ist zwar noch nicht völlig abgeflaut, bleibt aber in sehr bescheidenen Grenzen. Zum Teil handelt es sich um Nachziehungen jener Lohn- und Gehaltsgruppen, die bisher nicht oder nur wenig berücksichtigt wurden, oder um besonders niedrige Löhne.

Die Indizes der *internationalen Rohwarenpreise*, die Ende April um rund 4% unter dem Stand der Jahreswende lagen, gingen im Laufe des April um 1% bis 2% zurück. Die Weltmarktpreise entwickelten sich jedoch nicht einheitlich. Die Getreidepreise haben sich infolge lebhafter Exportumsätze leicht erholt. Auch die Kaffeenotierungen zogen wieder ein wenig an, während die Preise für Kakao und Tee noch etwas nachgaben. Die Metallmärkte haben sich im allgemeinen beruhigt. Der Kupferpreis in London fiel Mitte April von seinem Rekordstand stark ab, da eine größere Kupfermenge aus britischen Regierungsvorräten freigegeben wurde und gleichzeitig die drohende neuerliche Streikgefahr in Chile abgewendet werden konnte. Der Kupferpreis lag vorübergehend um 15% bis 20% unter seinem Höchststand vom März und Anfang April, hat sich aber seither wieder etwas gefestigt. Die Preise der übrigen NE-Metalle veränderten sich nur geringfügig. Auch die Märkte für Textilrohstoffe waren ziemlich stabil; Baumwolle zeigte allerdings infolge der Unsicherheit über die künftige amerikanische Stützungs politik gewisse Schwächetendenzen.

Auf dem internationalen Stahlmarkt wuchs der Widerstand gegen die hohen Preisforderungen des Brüsseler Exportkartells, so daß die Exportpreise der Montan-Union-Länder für Stabstahl nach Drittländern, die im März bereits um mehr als 7% höher

lagen als im Jänner, wieder auf den Jännerstand zurückgingen. Besonders stark sank der Preis von Betonstahl, der infolge der anlaufenden Bausaison zunächst gestiegen war.

Hingegen halten bei Kohle die Auftriebstendenzen an. Die angekündigte Verteuerung der Ruhrkohle wird voraussichtlich auch die deutschen Eisenpreise beeinflussen, zumal da beabsichtigt ist, bei einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 1'25 DM je t, die Preise für Industriekohle stärker zu erhöhen, damit der Preis der Hausbrandkohle stabil bleiben kann.

Auf dem *Inlandsmarkt* steht noch immer das Holz im Mittelpunkt der Stabilisierungspolitik. Wohl ist es gelungen, durch gewisse Exportrestriktionen die Holzpreise leicht zu senken. Vorderhand scheint dies jedoch lediglich eine psychologische Folge der Exporteinschränkungen zu sein, da die tatsächlichen Ausfuhren von Schnittholz infolge von alten Lizenzen im I. Quartal 1955 sogar noch um 35.000 m³ höher waren als in der gleichen Vorjahrsperiode. Für April und Mai wurde grundsätzlich das gleiche Exportkontingent wie für März bewilligt (je 180.000 m³); doch kann in gewissen Ausnahmefällen dieses Kontingent bis zu 10% überschritten werden (z. B. kleinere Sägewerke, die in Schwierigkeiten geraten). Überdies wurde die Ausfuhr von 60.000 m³ Windwurfholz genehmigt. Auf längere Sicht sind weitere Preisrückgänge möglich, da sich auch die Preise auf den europäischen Holzmärkten inzwischen stabilisiert haben. (Siehe auch Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“.)

Die Papierindustrie, die bereits im März den Preis für Rotationspapier um 9% verteuert hatte, erhöhte gegen Ende April auch die Preise für andere holzhaltige und mittelfeine Papiersorten. Die Preis erhöhungen betragen ab Fabrik 2% bis 4%, beim Letztverbraucher bis zu 5%.

Anfang April wurde der inländische Kupferpreis, der in Anlehnung an die steigenden Londoner Notierungen bereits im Oktober 1954 und im Februar 1955 hinaufgesetzt worden ist, neuerlich um mehr als 10% erhöht. Er liegt nun schon um nahezu 40% höher als in der Zeit vor Oktober 1954 und hat seinen höchsten Stand seit Frühjahr 1952, als die Korea-Devisenabzuflauen begann, erreicht. Auch die Preise für Altkupfer und -legierungen wurden Anfang April erhöht, gingen jedoch, gleichfalls im Einklang mit der Entwicklung an der Londoner Metallbörse, später wieder zurück.

Auch die internationale Preissteigerungstendenz auf dem Kohlenmarkt wirkte sich auf die Inlandspreise aus: die Bezugspreise für Ruhrkohle sind um

34 S je Tonne gestiegen und es muß mit weiteren Verteuerungen gerechnet werden. Da Ruhrkohle außerdem gegenwärtig knapp ist, muß mehr teure amerikanische Kohle eingeführt werden, deren Preise überdies durch erhöhte Seefrachtsätze noch gestiegen sind. Besonders stark wurden die Bezugspreise für polnische Kohle im neuen Handelsvertrag erhöht: sie steigen ab 20. Mai um rund 3 Dollar je Tonne (17%). Auf polnische Kohle entfällt mehr als ein Viertel der gesamten Kohlenimporte. Die Industrie bezieht rund die Hälfte der Kohlenimporte (ohne Hüttenindustrie und Kokereien) aus Polen, wobei der größte Anteil auf die im Osten Österreichs gelegenen Betriebe entfällt. Von der importierten Hausbrandkohle entfallen 40% auf polnische Kohle. Der absolut größte Bezieher polnischer Kohle sind die Österreichischen Bundesbahnen.

Auf den Schweinemärkten sinken die Preise bei zunehmenden Anlieferungen, obwohl man bemüht ist, durch Stützungskäufe die Preise zu stabilisieren. Wenn auch die Preise noch beträchtlich über dem Tiefstand in den Frühjahrsmonaten des Jahres 1953 liegen, so sind sie doch bedeutend tiefer als im Jahre 1954. Mitte April wurde daher in Wien mit Interventionskäufen begonnen, die insgesamt im April 4.600 Stück (das ist mehr als die Hälfte einer durchschnittlichen Wochenanlieferung) aus dem Markte nahmen. Dennoch blieben die durchschnittlichen Preise unter dem angestrebten Preis von S 12'50 je kg Lebendgewicht. Sobald durch Interventionskäufe ein Fleischvorrat von 500 t erreicht sein wird, sollen wieder Schweine exportiert werden. Im Gegensatz zu früher soll jedoch künftig schon dann das Angebot durch Freigaben aus den Vorräten oder durch Importe wieder verstärkt werden, wenn der Durchschnittspreis S 13'50 je kg Lebendgewicht überschreitet. Die Verbraucherpreise für Schweinefleisch sind im April gleichfalls etwas gesunken; im Gegensatz zu den Großhandelspreisen haben sie jedoch den Stand vom Frühjahr 1954 nicht unterschritten. Die Preise für Rinder und Kälber blieben fest, da das Angebot infolge der Ausmerzungen der Tbc-Reagenten knapp ist.

Durch die Aufhebung von Verbrauchssteuern ab 1. April, die rund 60 Mill. S im Jahr eingebracht haben, konnten verschiedene Waren verbilligt werden; so sank der Zuckerpreis um 4% bis 4'5%, Glühlampen wurden um 10%, Zündhölzer um mehr als 15% billiger¹⁾.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* blieb in der Berichtsperiode

nahezu unverändert, doch setzten sich in engen Grenzen die seit Jahresbeginn vorherrschenden Entwicklungstendenzen fort: der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel ging auch im April leicht zurück (-0'3%), während der für Industriestoffe weiterhin geringfügig anzog (0'1%); der Gesamtindex sank wie in den vorangegangenen zwei Monaten leicht (-0'1%). Teurer wurden Kartoffeln, Kupfer, Blei und Zinn, hingegen verbilligten sich Zucker, Schweinefleisch, Baumwolle, Jute und Kautschuk.

Seit April 1954 ist der Großhandelspreisindex um 6'2% gestiegen. Beim Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel beträgt die Steigerung seit dem Vorjahr 6'0%, bei dem für Industriestoffe 6'6%.

*Veränderungen der Großhandelspreise einzelner
Warengruppen von April 1954 bis April 1955*

	April 1954 = 100
Getreide	105'2
Kartoffeln	186'0
Zucker	95'9
Milch	100'0
Fleisch	101'7
davon Rindfleisch	112'5
Kalbfleisch	100'0
Schweinefleisch	97'1
Genußmittel	101'7
Teilindex für Nahrungs- und Genuß- mittel	106'0
Kohle	100'0
Eisen	100'0
NE-Metalle	125'9
Holz	125'4
Baumaterialien	100'0
Textilien	97'6
Teilindex für Industriestoffe	106'6
Gesamtindex	106'2

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) sank in der Berichtsperiode um 1'5%. Diese Senkung wurde vor allem durch den saisonbedingten Rückgang des Gemüsepreises — Blätterspinat wurde um nahezu 38% billiger — verursacht. Im übrigen verbilligten sich Schweinefleisch und Speckfilz neuerlich um 3% bis 4%, Wurst um 1%, Zucker um 4% und Glühlampen um 10%, hingegen wurden Rindfleisch und Kartoffeln (je 9%), Kalbfleisch (nahezu 2%), Seife (7%), Äpfel (15%), Marmelade (9%) und Hülsenfrüchte (9%) teurer.

Der saisonbereinigte Lebenshaltungskostenindex ist hingegen um 1'7% gestiegen; bei den saisonunabhängigen Waren hielten sich zwar Preissteigerungen und Preissenkungen annähernd die Waage, die saisonbedingten Preise sind jedoch weniger gesunken bzw. stärker gestiegen, als der normalen Saisonbewegung entsprochen hätte.

¹⁾ Siehe Monatsberichte Heft 3, Jg. 1955, Seite 104.

Bewegung der Saisonindizes und tatsächliche Preisentwicklung von März bis April

	Bewegung der Saisonindizes von März bis April	Tatsächliche Entwicklung von März bis April 1955 in %
Spinat	- 57'6	- 37'9
Äpfel	+ 10'8	+ 15'4
Eier	- 10'2	0
Kartoffeln	+ 3'6	+ 9'1

Gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitpunkt ist der Lebenshaltungskostenindex Mitte April um 1'50% gesunken. Dies ist jedoch ausschließlich darauf zurückzuführen, daß im vorjährigen April der Spinatpreis außergewöhnlich hoch war. Schaltet man diesen Umstand aus, so lag der Lebenshaltungskostenindex Mitte April 1955 um 2'30% über dem Vorjahresstand.

Von den *reagiblen Preisen* sank im April der freie Goldpreis um 5'40%, die Versteigerungspreise für Perserteppiche und für Pelze gingen im Wiener Dorotheum um 6'40% und 6'70% zurück. Lediglich Silber wurde um 5'40% teurer.

Auf dem *Lohnsektor* hält die leichte Auftriebsbewegung an. Zum Teil handelt es sich um Nachziehungen kleiner Gruppen (Gewerbe usw.), die bisher weniger berücksichtigt worden sind; teilweise aber konnten Arbeitnehmergruppen ihre im Vorjahr errungenen Positionen weiter ausbauen. Das trifft vor allem bei den Branchen und Betrieben mit hoher Rentabilität zu. So haben die Brauereiarbeiter, die bereits in den Jahren 1953 und 1954 Lohnerhöhungen durchgesetzt hatten, Ende April 1955 ihren Kollektivvertrag weiter verbessert. In den Groß- und Mittelbetrieben, in denen der überwiegend größte Teil der rund 7.000 Arbeiter der Brauereiindustrie beschäftigt ist, beträgt die Lohnerhöhung, einschließlich erhöhter Zulagen und zusätzlicher Weihnachtsremuneration 60% bis 80%. Mit den Kleinbrauereien, die nur einige hundert Arbeiter beschäftigen, wird noch verhandelt.

Weitere Lohnerhöhungen für das ganze Bundesgebiet erfolgten im chemischen Gewerbe (70%) und bei den privaten Autobusunternehmungen (80%).

Auch bei den Angestellten und Beamten hielt die Lohnbewegung an: bei der seit 1. Jänner 1955 geltenden Gehaltserhöhung für die Industrieangestellten wurde den einzelnen Fachgruppen freigestellt, über zusätzliche Erhöhungen bis zum Ausmaß von weiteren 40% zu verhandeln. Tatsächlich wurden in verschiedenen Industriezweigen zusätzliche Gehaltserhöhungen erzielt, die über die ursprünglich vereinbarten 40% hinausgehen. Für die Angestellten der Berg- und Hüttenindustrie konnte eine Erhöhung der Effektivgehälter um volle 80% ab 1. Jänner 1955 durchgesetzt werden.

Weiters erhielten ab März 1955 die Angestellten in Putzereien, Färbereien und Wäschereien eine 40ige Gehaltserhöhung. Für die Bundesbeamten wurden in teilweiser Vorwegnahme der Auswirkungen eines neuen Gehaltsgesetzes gewisse Verbesserungen der Beförderungsrichtlinien festgelegt, die gleichzeitig mit der dritten Etappe der Entnivellierung, also am 1. Juni 1955, wirksam werden sollen.

Einige Lohnforderungen sind noch anhängig: die landwirtschaftlichen Arbeiter wollen in nächster Zeit verhandeln; die Speditionsarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung um 120%, die Donauschiffer um 100%.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten S.1 bis S.10

Die außergewöhnlich kalte Witterung im April verzögerte die Frühjahrsbestellung. Obwohl die *Saaten* nicht so weit entwickelt sind wie sonst, ist ihr Stand günstig. Nur bei frühzeitig gesäten Zuckerrüben traten Frostschäden auf; diese Schläge mußten umgepflügt und neu bestellt werden. Dank ausreichender Winterfeuchtigkeit — die Niederschläge lagen um 20 bis 30% über dem langjährigen Durchschnitt — darf man bei Roggen, Weizen und Raps mit guten Erträgen rechnen. Die Obstblüte war verspätet, doch reichlich, der Fruchtansatz ist gut. Das erste Grünfutter wird heuer 8 bis 14 Tage später anfallen. Der Engpaß in der Rinderfütterung und Milchanlieferung wird sich dadurch erst Ende Mai beheben lassen.

Niederschläge¹⁾

1954/55	Wiener Becken und nördl. Burgenland		Mühlviertel, Oberösterreich		Klagenfurter Becken	
	mm	in % von Ø 1881 bis 1930	mm	in % von Ø 1881 bis 1930	mm	in % von Ø 1881 bis 1930
Dezember	100	227	107	162	66	122
Jänner	13	38	59	97	17	42
Februar	35	121	81	159	82	228
März	36	100	26	52	65	118
Insgesamt	184	129	273	120	230	124

¹⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

Im I. Quartal sind im Inland 2.563 neue *Traktoren* im Werte von 97 Mill. S abgesetzt worden gegen 1.217 Stück im Werte von 50 Mill. S im entsprechenden Zeitraum 1954. Allerdings waren die Investitionen im I. Quartal 1954 besonders niedrig. Beachtenswert ist jedoch, daß die Investitionsneigung der Landwirtschaft seit dem Frühjahr 1954 andauernd groß ist: Die zuständige Behörde ließ im II. Quartal 2.323, im III. Quartal 2.383 und im IV. Quartal 1954 2.506 Traktoren zum Verkehr zu, der Wert dieser Fahrzeuge betrug 91, 101 und 104 Mill. S.

Im I. Quartal brachte die Landwirtschaft 45.918 t *Brotgetreide* — je zur Hälfte Weizen und Roggen — auf den Markt gegen 52.703 t. (48% Weizen, 52%

Roggen) im gleichen Zeitabschnitt 1954. In den drei Quartalen des laufenden Wirtschaftsjahres war das Angebot um 85.431 t (21%) niedriger als im Vorjahr. Die Minderleistung betrug 41.841 t (18%) Weizen und 43.590 t (25%) Roggen. Im II. Quartal rechnet man mit einer Marktleistung von 30.000 bis 35.000 t gegenüber 41.470 t im Vorjahr. Die Vorräte an Inlands- und Auslandsgetreide waren Ende März um 11.000 t niedriger als im Monat vorher; sie reichen für 115 Tage (bis 24. Juli).

Das späte Frühjahr ließ die Nachfrage nach *Futtermitteln* steigen. Knapp wurden jedoch nur Kleie und Futtermehl, die Vorräte sanken Ende März auf 4.500 t (– 22% von 1954, – 66% von 1953). Im März wurden 31.772 t Mais und 25.816 t sonstige Futtermittel eingeführt, so daß die Lager an ausländischem Futtergetreide – trotz dem um die Hälfte höheren Verbrauch – fast doppelt so hoch wie im Vorjahr waren. Da sich der Bedarf an Mais und Futtergerste erst nach der neuen Ernte verringern wird, sind weiterhin umfangreiche Importe notwendig. Auch die Vorräte an Ölkuchen waren heuer um 50% größer. Doch wurden wenig Ölkuchen gekauft, obwohl man Rüben und Heu größtenteils bereits verfüttert hatte, ehe noch Grünfutter gewonnen werden konnte.

Die *Milchproduktion* ist wegen ungünstiger Futterversorgung übersaisonnmäßig zurückgegangen. Nach vorläufigen Angaben lag die Marktleistung im April um 7%, im Mai um 8% unter dem Vorjahresniveau. Andererseits war jedoch der Verbrauch an Trinkmilch und Butter höher. Butter wurde, soweit notwendig, eingeführt. Trinkmilch jedoch wurde knapp und die Versorgung war um so schwieriger, als die Käseproduktion auf beachtlicher Höhe gehalten wurde. Trotz straffer genossenschaftlicher Organisation gelang es nämlich nicht, die Käsereien der westlichen Bundesländer zu einer entsprechenden Drosselung ihrer Produktion zu verhalten. Wenn auch Emmentaler Käse im Export gute Preise erzielt, sollte doch der Frischmilchversorgung der Vorrang gegeben werden¹⁾.

In Wien lag das Angebot an inländischen Schlachtschweinen im April um 4% unter dem vom Vorjahr. Da statt der vorgesehenen 3.500 nur 1.685 *Schweine* importiert wurden, war die gesamte Anlieferung an Schweinen im Wochendurchschnitt um 8% geringer als im Vormonat und um 1% niedriger als im April 1954. Dieses Angebot fand überraschenderweise nicht vollen Absatz, so daß 4.600 Schweine

(9%) aus dem Markt genommen und eingekühlt werden mußten. Die Versorgung mit *Rindern* blieb um 14% hinter dem Vormonat und um 14% hinter dem Vorjahr zurück, die an *Kälbern* um 12% und 24%.

Wenn der aus Interventionskäufen stammende Vorrat an Schweinefleisch 500 t übersteigt, will man Schweine exportieren. Dies kann schon Mitte Mai der Fall sein. Die Landwirte verlangen, daß die Interventionskäufe auf die Stechviehmärkte in Graz und Linz ausgedehnt werden. Ferner wurde vorgeschlagen, einen Exportschlachthof in Klagenfurt zu errichten.

Von der ursprünglichen Absicht, die *Exportkontingente* für Schnittholz im Jahre 1955 auf das Ausmaß der Ausfuhrmengen in den Jahren 1951 und 1952 zu kürzen – pro Monat etwa 180.000 m³ – ist man wieder abgekommen. Wohl wurden die Kontingente für März, April und Mai in dieser Höhe festgesetzt, doch konnte man sie um 10% überziehen. Überdies wurde ein Kontingent von 60.000 m³ Windwurfholz bewilligt. Für die Monate Juni, Juli und August ist ein Globalkontingent von 689.400 m³ Schnittholz freigegeben worden. Falls notwendig, wird man weitere Mengen Schnittholz aus Windwürfen für den Export freigeben. Buchenschnittholz aus Südkärnten²⁾ kann wieder unbegrenzt ausgeführt werden, Laubschnittholz aus anderen Gebieten aber nur im Rahmen der allgemeinen Schnittholzkontingente.

Die Erteilung von Quartalskontingenten soll die Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte erleichtern. Die Exportfreigaben halten sich nunmehr im Rahmen der Beschlüsse, die die Holzwirtschaft im November 1954 freiwillig gefaßt hatte. In der Steiermark betrug der Preisrückgang bei Rundholz seit Februar 3% (Sägeblöcke) bis 5% (Schleifholz).

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die anhaltende Expansion in fast allen Wirtschaftszweigen läßt auch die Nachfrage nach elektrischer Energie und Brennstoffen ständig steigen.

Im I. Quartal 1955 haben die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung 1.785 Mill. kWh erzeugt, um 14% mehr als im I. Quartal 1954. Dank günstiger Witterung (nur im März mußten die Dampfkraftwerke übermäßig stark eingesetzt werden) konnten die Wasserkraftwerke um 43% mehr als vor einem Jahr liefern, so daß die Dampfkraftwerke diesmal nur 588 Mill. kWh (gegen 722 Mill. kWh im Vorjahr) zur Gesamterzeugung beitragen mußten. Der

¹⁾ Siehe auch: Erhart G., „Die gegenwärtigen Probleme und Entwicklungstendenzen in der österreichischen Milchwirtschaft“, in: Die österreichische Milchwirtschaft, Heft 7, Jahrgang 1955, Seite 88.

²⁾ Südlich der Drau ist man dabei, Mischwald zu begründen, wobei viel Buchenholz im Wege von Durchforstungen gewonnen wird.

Anteil des Dampfstromes an der Gesamterzeugung sank dadurch von 46% auf 33%.

Die Stromeinfuhr gewinnt in der letzten Zeit immer mehr an Bedeutung. Wiewohl die Ausfuhr seit dem I. Quartal des Vorjahres von 112 Mill. kWh auf 164 Mill. kWh stieg, wurde sie von der Einfuhr, die heuer 184 Mill. kWh erreichte, überflügelt. Allerdings ist der Export im I. Quartal saisonbedingt am niedrigsten.

Der heimische Verbrauch aus dem öffentlichen Netz nahm in der gleichen Zeit von 1.544 Mill. kWh auf 1.786 Mill. kWh oder um 15% zu. Während im Vorjahre der größte Teil des Mehrverbrauches auf die Industrie entfiel, haben jetzt die Tarifabnehmer (Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft) den größten Anteil. Die Industrie (ohne Ranshofen) bezog im I. Quartal nur um 8% mehr Strom als im Vorjahre, die Tarifabnehmer um 29% mehr. 44% des Mehrverbrauches gegenüber dem I. Quartal des Vorjahres wurden von den Kleinabnehmern aufgenommen, 25% vom Aluminiumwerk Ranshofen und nur 21% von der Industrie. Der Anteil der Tarifabnehmer am gesamten Stromabsatz ist dadurch rasch von 23% im Vorjahre auf 26% gestiegen. Da auch die Stromverluste relativ zurückgingen – während der Gesamtumsatz um 15% zunahm, stiegen die Stromverluste nur um 3% –, bessert sich die Ertragslage der Stromlieferungsunternehmen zusehends.

Ein großer Teil des Mehrverbrauches der Kleinabnehmer entfällt wahrscheinlich auf neuangeschaffte elektrische Geräte. Seit dem Vorjahr ist die Nachfrage ungewöhnlich groß. Vorwiegend in der Übergangszeit von Herbst auf Winter bzw. von Winter auf Frühling werden vielfach neue elektrische Heizgeräte verwendet. Im März war der Verbrauch der Kleinabnehmer sogar schon um 35% höher als ein Jahr vorher.

Die Braunkohlenförderung blieb auch im März auf dem hohen Niveau der Vormonate. Im I. Quartal 1955 war sie mit 1,7 Mill. t um 7% größer als vor einem Jahr. Die Großabnehmer, vor allem die Industrie, die bis in den Winter hinein keine Vorräte angelegt hatten, gehen nun allmählich zur Vorratsbildung über und bestellen mehr Kohle, als sie laufend benötigen. Die heimischen Gruben dürften daher heuer auch in den Sommermonaten kaum Absatzschwierigkeiten haben. Außerdem werden sich, infolge der steigenden Tendenz der europäischen Kohlenpreise, die Konkurrenzverhältnisse weiter zugunsten der Inlandskohle verlagern, falls nicht auch ihr Preis erhöht wird.

Auch die Kohlenimporte hielten im März noch das hohe Niveau der Vormonate, teilweise weil der

Bedarf durch den späten Winter verstärkt wurde, teils aber auch, weil die Verbraucher ihre Vorräte ergänzten. Im I. Quartal wurden insgesamt 1,3 Mill. t Kohle (SKB), um 25% mehr als im Vorjahre, importiert. Die Mehreinfuhr kam fast ausschließlich aus den USA. Die Importe aus Westdeutschland nahmen nur geringfügig zu. Die Bezüge aus der ČSR und aus dem Saargebiet stiegen zwar stärker (von 5.466 t und 39.074 t auf 33.264 t und 85.795 t), spielen aber im Rahmen der Gesamteinfuhr nur eine geringe Rolle. Polen lieferte mit 319.669 t um 15% weniger als im I. Quartal 1954.

Da der heimische Bergbau schon weitgehend ausgelastet ist, konnte er im I. Quartal nur noch um 7% mehr Kohle auf den Inlandsmarkt bringen. Der Anteil der heimischen Brennstoffe an der Gesamtversorgung (die um 17% stieg) nahm daher ab.

Alle großen Verbraucher, ausgenommen die Kraftwerke und der Hausbrand, bezogen mehr Kohle. Verkehr, Gaswerke, Industrie und Kokerei Linz erhielten heuer um 34%, 37%, 16% und 33% mehr Kohle als im Vorjahre. Besonders die energieintensiven Industrien, wie eisenerzeugende, Baustoff-, chemische und Papierindustrie benötigten weit mehr Kohle.

Klarstellung zum Aufsatz „Österreichs Handelsverkehr mit Westdeutschland“ in Monatsbericht Heft 3, Jg. 1955, S. 125 ff.:

Auf Seite 130 dieses Berichtes werden Überlegungen angestellt, in welchem Ausmaße das gegenwärtige Handelsbilanzpassivum Österreichs gegenüber Westdeutschland durch strukturelle Verschiebungen im Kohlenbezug hervorgerufen wird. Diese Überlegungen wurden mitunter mißverständlich so ausgelegt, als wäre es tatsächlich möglich, einen größeren Teil der Kohlenbezüge aus Westdeutschland nach anderen Ländern (Polen, Tschechoslowakei) zu verlagern.

Abgesehen davon, daß der Kohlenimport – ausgenommen Braunkohle – liberalisiert ist, können die Importe aus Westdeutschland deshalb kaum nennenswert reduziert werden, weil die Kokerei Linz, die im Jahre 1954 allein 1,4 Mill. t von insgesamt 1,9 Mill. t Ruhrsteinkohlenimporte brauchte, aus technischen Gründen auf die Ruhrkohle angewiesen ist. Auch Koks (aus Westdeutschland wurden 1954 334.000 t importiert) wird nicht in nennenswerten Mengen von anderen Ländern angeboten. Die Einfuhr von Braunkohlenbriketts aus der Bundesrepublik aber wurde schon in den letzten Jahren sehr eingeschränkt (im Jahre 1954 betrug sie nur noch 307.000 t). Die Aufnahme der Briketterzeugung in Oberösterreich wird in Zukunft den Import zwar etwas entlasten, der ganze Bedarf kann aber aus der heimischen Erzeugung bei weitem nicht gedeckt werden.

Daher sind die Möglichkeiten, das Handelsbilanzpassivum gegenüber Westdeutschland durch Verlagerung der Brennstoffbezüge wirksam zu verringern, äußerst begrenzt.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die günstige Konjunktur der Industrie wurde durch den späten Winter nur leicht gedämpft. Ihr Schwergewicht liegt derzeit eindeutig bei den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien, in denen der Produktionsvorsprung gegenüber der gleichen Vorjahreszeit doppelt so groß ist wie in den Konsumgüterindustrien. Im Durchschnitt der ersten beiden Monate dieses Jahres (Zahlen für März liegen noch nicht vor) war die Konsumgüterproduktion um 15%, die Investitionsgüter- und Grundstoffherzeugung aber um 31% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Vorsprung der Investitionsgüterindustrien wäre noch größer, wenn sie wie die Konsumgüterindustrien alle Aufträge prompt ausführen könnten. Tatsächlich aber werden die Lieferfristen immer länger. Die relativ ungünstigere Entwicklung der Konsumgüterindustrien geht zum Teil darauf zurück, daß in einigen Zweigen, z. B. Textilien, seit der Liberalisierung die Nachfrage vielfach von heimischer Ware zu ausländischer abwandert.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion nahm auch im Februar mehr als saisonmäßig zu. Der saisonbereinigte Index erreichte mit 216 (1937=100) einen neuen Höchststand. Im Durchschnitt Jänner und Februar war er um 23% höher als im Vorjahre. Nach den Konjunkturtestergebnissen hat die Produktion auch im März wieder zugenommen, allerdings weniger stark als im Jahre 1954. Damals hatte die Konjunktur in vielen Zweigen erst begonnen, weshalb der Frühjahrsaufschwung ungewöhnlich stark war. Außerdem hat heuer das bis April anhaltende Winterwetter den Start der Bautätigkeit behindert und die von der Bauwirtschaft abhängigen Industrien beeinträchtigt. Auch in einigen Konsumgüterzweigen wurde die Produktion durch den verspäteten Frühling gedämpft.

Daß der konjunkturelle Auftrieb noch nicht nachläßt, ist auch an der Entwicklung der Auftragsgänge und Auftragsbestände zu erkennen. Die Zuwachsrate der Auftragsbestände war im I. Quartal 1955 ebenso hoch wie im Vorjahr, während man allgemein erwartet hatte, daß sie abnehmen würde. Wohl ist der Auftragsbestand in einigen Zweigen, z. B. in der eisenschaffenden- und in der Baustoffindustrie, vielfach durch „Sicherheitsbestellungen“ aufgebläht, doch auch andere Zweige, die keine homogenen Massenprodukte herstellen (Maschinen-, Elektro- oder Gießereindustrie), sind reichlich mit Aufträgen eingedeckt.

Mehr und mehr werden Engpaßprobleme akut, vor allem in der Eisenerzeugung und -verarbeitung.

Die Walzwerke produzieren mit voller Kapazität. Trotzdem sind die Auftragsbestände für Kommerzware bis Ende Februar auf 282.000 t gestiegen. Anfang September 1954, bevor die Nachfragehaushalte einsetzte, hielten sie bei 118.000 t. In den letzten sechs Monaten wurde um 48%, im Jänner und Februar sogar um 122%, mehr Walzware bestellt, als gleichzeitig ausgeliefert werden konnte. Vielfach wird in den verarbeitenden Zweigen die Produktion schon durch die langsamere Belieferung mit Vormaterial beeinträchtigt. Die Materialvorräte sind in den letzten Monaten zumeist stark reduziert worden, um die Produktion steigern zu können. Wo sie schon aufgebraucht sind, wird der Produktionsrhythmus gestört. Vereinzelt mußten bereits Exporte gedrosselt werden, weil die Erzeugung aus Materialmangel – trotz freier Kapazität – nicht gehalten werden kann. Die Fertigwarenlager sind zum größten Teil verkauft. Auch der Facharbeitermangel wirkt sich in diesem Sektor immer stärker aus.

Die Versorgung mit Importrohstoffen ist ausreichend. Der vom Institut berechnete Index der Rohstoffimporte war im I. Quartal 1955 um 45% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Neben dem Mehrbedarf für die höhere Produktion ist auch eine starke Tendenz zur Lagerbildung nicht mehr zu erkennen.

Mit zunehmender Expansion haben sich die Auftriebskräfte, die ursprünglich ausschließlich vom Export ausgegangen waren, immer mehr auf den Binnenmarkt verlagert. Im Jänner und Februar war das Exportvolumen zwar um 9% höher als im Vorjahre, aber schon viel niedriger als im Durchschnitt des 2. Halbjahres 1954. Die Industrieproduktion war dagegen um 23% höher. Die Exportquote (Exporte in Prozenten der Produktion) sank daher von 31% auf 27%.

Die Chancen für eine Ausweitung der Exporte sind verhältnismäßig gering. Die Grundstoffindustrien, die zu den wichtigsten Exportträgern gehören, sind voll ausgelastet und könnten die Ausfuhr nur auf Kosten der Belieferung des heimischen Marktes steigern. Die eisenverarbeitenden Industrien fänden zwar auf den internationalen Märkten reichliche Nachfrage, können die Erzeugung aber vielfach aus Mangel an Vormaterial nicht entsprechend steigern. Höhere Exporte müßten in erster Linie aus Branchen kommen, die derzeit kaum am Export beteiligt sind.

Die laufenden Rationalisierungsinvestitionen ermöglichen den Unternehmungen, die Produktion mit verhältnismäßig wenig zusätzlichen Arbeitskräften auszuweiten. Im Jänner und Februar waren nur 7%

mehr Arbeitskräfte beschäftigt, die Produktion lag dagegen um 23% über der des Vorjahres. Die Arbeitsproduktivität hat daher um 15% zugenommen. Da nicht mehr viel Spielraum für die Ausdehnung der Arbeitszeit vorhanden war, ist die Produktivitätssteigerung wohl in erster Linie auf die umfangreichen Rationalisierungsinvestitionen zurückzuführen, welche von den Betrieben laufend durchgeführt werden. Anders ist eine so starke Zunahme der Produktivität in einer weitgehend vollbeschäftigten Wirtschaft kaum zu erklären.

Die *Bergbauproduktion* war im I. Quartal 1955 nur noch um 8% höher als im Vorjahre. Vor allem der Kohlenbergbau ist bereits an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Gegenüber dem I. Quartal 1954 stieg die Förderung heuer bei Kohle um 6%, Eisenerz um 14%, Graphit um 22%, Rohkaolin um 18%, Rohtalkum um 16% und Quarzit um 14%. Auch die Magnesitindustrie produzierte in der gleichen Zeit um 17% mehr.

Die *eisenschaffende* Industrie erreichte im Februar einen neuen Produktionsrekord. Ihr Index stieg um 8% auf 309 (1937=100) und war damit um 31% höher als im Februar 1954. Die Walzwarenerzeugung stieg gegenüber der gleichen Zeit um 40%.

Nachdem der ursprünglich geplante Ausbau der Walzwerke mit der Fertigstellung der Profilstrecke in Donawitz im großen und ganzen abgeschlossen wurde, ist nun die Stahlkapazität zu gering, um die neuen Anlagen voll auszunutzen und der derzeitigen Nachfrage im Inlande und auf den Exportmärkten folgen zu können. Wiewohl die heimische Wirtschaft im Jänner und Februar um 27% mehr Kommerzwalzware erhielt als im Vorjahre, ist ihr Bedarf damit nicht gedeckt. In den gleichen Monaten bestellte sie nämlich 162.000 t, mehr als doppelt soviel, wie ihr tatsächlich geliefert wurde. Die Verbraucher bestellen zwar seit einigen Monaten offensichtlich weit mehr Walzware, als sie wirklich benötigen — die Bestellungen waren fast dreimal so hoch wie die Bezüge der gleichen Vorjahreszeit —; allmählich zeichnet sich aber doch eine echte Mangellage ab. Die Erzeugerwerke meldeten, daß heuer, trotz den neuen Anlagen, wegen Rohstahlnappheit nur mit gleichhohen Lieferungen wie im Vorjahre gerechnet werden dürfe. Die um 27% höheren Lieferziffern der ersten beiden Monate zeigen zwar, daß die Werke alle Kräfte anstrengen, dem heimischen Markt mehr Walzware zu liefern als im Vorjahre; trotzdem werden Engpässe kaum zu vermeiden sein. Walzwareimporte werden wegen der höheren Preise und der Knappheit auf dem europäischen Markt kaum in größerem Umfang in Frage kommen. Einer Exporteinschränkung

werden aber die Erzeugerwerke starken Widerstand entgegensetzen, weil sie einerseits fürchten, ihre mühsam aufgebauten Exportverbindungen wieder zu verlieren, und andererseits auch auf die höheren Erträge des Exportgeschäftes kaum verzichten können, solange die inländischen Preise trotz Kostenerhöhungen konstant bleiben. Auch handelsvertragliche Verpflichtungen verhindern zum Teil eine Einschränkung der Exporte.

Da genügend elektrische Energie verfügbar war, konnten die Aluminiumwerke im vergangenen Winter ihre Kapazität weit besser ausnutzen als in früheren Jahren. In den ersten beiden Monaten wurden insgesamt 7.200 t Aluminium erzeugt, gegen 5.300 t und 3.100 t in den beiden Vorjahren. Die Blei- und Kupfererzeugung hielt sich im bisherigen Rahmen. Der Index der *Metallhütten* lag um 24% über dem Vorjahre.

Die *Gießereiindustrie* verzeichnet eine ungewöhnliche Mengenkonzunktur. Ihr Index war in den beiden ersten Monaten um 36% und 39% höher als zur gleichen Zeit der Jahre 1954 und 1953.

Die Graugießereien klagen nach wie vor über Mangel an Gußbruch. Die inländischen Preise liegen, trotz Erhöhung im vergangenen Dezember, noch immer um etwa ein Drittel unter den Weltmarktpreisen. Ein Teil des inländischen Aufkommens geht daher in den unkontrollierten Export, oder wird von den Händlern gehortet, die damit rechnen, daß das Preisregelungsgesetz im Sommer abläuft und nicht mehr verlängert wird. Ähnlich ist die Situation bei Buntmetallen und Metallschrott. Auch hier ist das inländische Angebot zu knapp und Importmaterial weit teurer.

In der ganzen *Fahrzeugindustrie* hält der Boom unvermindert an. Die heimische Produktion erreichte im Februar mit 402 (1937=100) eine neue Rekordmarke. Der Personenwagenimport deckt im allgemeinen die Nachfrage prompt. Nur einige besonders begehrte Typen haben längere Lieferfristen. Im I. Quartal wurden insgesamt 14.553 Personenkraftwagen eingeführt, gegen 3.412 im I. Quartal des Vorjahres.

Die *Maschinenindustrie* produzierte im Durchschnitt der ersten beiden Monate um 28% mehr als vor einem Jahr. Die Auftragsengänge nehmen noch immer stärker zu als die Produktion. Besonders Landmaschinen, Hebezeuge und Fördermittel, Druckluftanlagen, Pumpen, Dampfkessel, Dieselmotoren und Wälzlager werden stark nachgefragt. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Vormaterialien beginnen sich nun, da die Vorräte der Betriebe vielfach bereits aufgebraucht sind, allmählich auf die Pro-

duktion auszuwirken. Wiewohl die meisten Betriebe noch Kapazitätsreserven haben, können sie die Produktion nicht der Nachfrage anpassen und müssen die Lieferfristen verlängern. So verhindert z. B. der Mangel an Grobblechen im Dampfkesselbau bereits eine flüssige Produktion, bei Hebezeugen und Fördermitteln mußte die höhere Nachfrage aus Materialmangel in längeren Lieferfristen aufgefangen werden, obwohl noch Kapazität verfügbar ist.

Auch die *Eisenwaren-* und *Metallwarenindustrie* wird durch Materialmangel beeinträchtigt. Stark exportorientierte Betriebe der Draht- und Drahtwarenindustrie, Drahtstiftenerzeugung und der Schraubenindustrie können trotz reichlich vorhandener Kapazität die Exportchancen nicht ausnützen, weil sie nicht genügend Vormaterial erhalten. Die Nachfrage aus dem Inlande übersteigt ebenfalls meist die Lieferfähigkeit der Werke. Die Mengenkongunktur steht allerdings, vor allem bei Metallwaren, unter einem beträchtlichen Preisdruck, der durch Importe aufrechterhalten wird. Im Jahre 1954 wurden fast doppelt soviel Metallwaren, zumeist aus Westdeutschland, importiert als ein Jahr vorher. Einzelne Einfuhrpositionen haben sich seit der Liberalisierung vervielfacht. Sprunghaft gestiegen sind z. B. die Einfuhren von Öfen, Haushaltsgeräten, Messerschmiedewaren, Schlössern und Beschlägen, Nägeln und Bolzen, Hand- und Maschinenwerkzeugen, Drahtgeflechtem u. a.

Die *Baustoffindustrie* hat zwar in den ersten beiden Monaten um 70% mehr produziert als im Vorjahre. Da aber die Erzeugung zu dieser Jahreszeit stets sehr gering ist, fällt die Mehrerzeugung absolut nicht sehr ins Gewicht. Wegen des schlechten Wetters begann die Frühjahrskampagne später als sonst. Alle Lager sind geräumt und die neue Produktion ist vielfach bis Jahresende ausverkauft.

Auch die *Bautätigkeit* kam erst verhältnismäßig spät in Schwung. Infolge des Winterwetters im März zögerten die Bauunternehmer lange mit der Aufnahme der Arbeit, weil sie neuerliche Wetterrückschläge fürchteten, welche die Baukosten sehr verteuert hätten. Da am Beginn der Saison ungefähr 4 bis 6 Wochen verloren gingen und heuer mit einem noch höheren Bauvolumen als im Vorjahre gerechnet werden kann, wird sich die Bautätigkeit in den Sommermonaten stark ballen, falls nicht die öffentlichen Auftraggeber für einen Saisonausgleich sorgen und einen Teil ihrer Aufträge erst im Herbst vergeben.

Die *chemische Industrie* ist gut beschäftigt und produzierte im Jänner und Februar um 18% mehr als im Vorjahre. Nach dem Konjunkturtest war die

Saisonbelegung im März stärker als im Vorjahre. Die meisten Betriebe der Grundchemie sind voll ausgelastet, aber auch in den nachgelagerten Stufen übersteigt die Nachfrage teilweise die Kapazitätsgrenzen. So z. B. in der Gummiiudustrie, wo fast alle Waren nur mehr nach längeren Lieferfristen erhältlich sind. Besonders die Nachfrage nach Fahrzeugbereifungen ist ungewöhnlich hoch. Es werden zwar in zunehmendem Maße ausländische Reifen importiert, sie kommen aber nur für einen kleinen Kundenkreis in Frage, weil sie einschließlich Zoll viel mehr kosten als inländische. In einigen anderen Sparten der chemischen Industrie gibt es allerdings Überkapazitäten, die auch bei ungewöhnlich hoher Nachfrage kaum jemals ausgenutzt werden können. So kämpfen z. B. viele Erzeuger von Haushaltwaren mit praktisch unbegrenzter Kapazität um den Markt. Er steht daher noch immer unter beträchtlichem Preisdruck, der die Betriebe hindert, ihre Kostenerhöhungen (Löhne, importierte Vormaterialien) auf die Preise zu überwälzen.

Der Produktionsindex der *Papierindustrie* war im I. Quartal um 13% höher als im Vorjahre. Die Betriebe arbeiten mit voller Kapazität. Produktionssteigerungen geringen Umfanges sind derzeit nur noch von innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten. Das große Investitionsprogramm wurde mit Ende des Vorjahres praktisch abgeschlossen. Sein Schwergewicht lag bei der Modernisierung der Wärmewirtschaft der Betriebe, in der Stoffaufbereitung und schließlich in der Anschaffung moderner Papier- und Kartonmaschinen. Insgesamt wurden in den letzten Jahren 34 Hochdruckkessel, 19 Dampfturbinen und 5 Dampfmaschinen in Betrieb gesetzt. Der relative Kohlenverbrauch konnte dadurch beträchtlich gesenkt werden. Zahlreiche neue Zellstoffkocher und Säureumwälzanlagen wurden errichtet, Anlagen zur Schälung von SpreiBelholz aufgestellt und neue Schleifer für die Holzschliffherzeugung angeschafft. Auf dem Papiersektor gingen neue Stoffaufbereitungsanlagen für 29 Papiermaschinen und 13 neue Papiermaschinen in Betrieb. 20 alte Papiermaschinen wurden modernisiert. Daneben liefen noch Investitionen in der Pappenindustrie, und zwar für Maschinen- und Handpappe.

Die durchgreifende Modernisierung ihres Produktionsapparates ermöglichte der Papierindustrie, die Produktivität beträchtlich zu steigern. Während die Produktion von 1951 bis 1954 um 36% stieg, nahm die Zahl der Arbeiter und die Zahl der Arbeitsstunden nur um 3% zu.

Die Erzeugung der *Leder- und Schuhindustrie* war im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar

um 30% höher als im Vorjahre. Während sich bei der Ledererzeugung nur Maßware günstig entwickelte und Bodenleder wegen der starken Konkurrenz von Gummi und anderen Kunststoffen nach wie vor stagnierte, konnte die Schuhindustrie um 42% mehr Lederschuhe erzeugen. Der Konjunkturtest meldet, daß die Bestellungen im März wegen des verzögerten Frühjahrsbeginnes zurückgingen. Man nimmt aber an, daß sich die Nachfrage schon im April wieder belebt hat.

Die Mengenkonzunktur der Textilindustrie ist verhältnismäßig schwach und bleibt außerdem nur auf einige Sparten beschränkt. Der Produktionsindex war im Jänner und Februar durchschnittlich nur um 11% höher als im Vorjahre, obwohl damals der Aufschwung noch nicht begonnen hatte. Mehr nachgefragt wurden nur Baumwollgewebe (+ 21%), Kunstseidengewebe (+ 42%) und Strick- und Wirkwaren (+ 7%). Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes hat sich die Nachfrage auch im März und April nicht in dem erhofften Ausmaße entwickelt. Die heimische Industrie steht daher noch immer unter einem beträchtlichen Preisdruck, der seit der Liberalisierung zahlreicher Textilwaren eher noch zugenommen hat. Vor allem die *Bekleidungsindustrie*, die im I. Quartal eine ungewöhnlich gute Konjunktur erlebte, stellt sich immer stärker auf Importtextilien um.

Andererseits sind die Chancen einer Intensivierung des Textilexportes nicht sehr groß. Die Exportkonzunktur, die von vornherein nur auf einige wenige Sparten beschränkt war, dehnt sich nicht weiter aus, ja sie scheint eher abzuflauen. Die Schwäche der Textilkonzunktur im Vergleich zur Gesamtentwicklung ist kein spezifisch österreichisches Problem. Fast alle großen europäischen Textilproduzenten sind unterbeschäftigt. Ganz allgemein hat der Absatz von Textilien in den letzten Jahren nur wenig zugenommen. Der höhere Lebensstandard hat die Nachfrage nach Textilien kaum beeinflusst, er ist vielmehr anderen Konsumgüterindustrien zugute gekommen. Schließlich exportierte die europäische Textilindustrie in der Vorkriegszeit einen großen Teil ihrer Erzeugung in unterentwickelte überseeische Länder, die inzwischen vielfach eigene Industrien gegründet haben und diese durch hohe Zölle vor der europäischen Konkurrenz schützen. Die Folge ist ein verstärkter Konkurrenzkampf auf den europäischen Märkten, der von den nationalen Industrien mit der Forderung nach höheren Zöllen und Einfuhrkontingentierung zum Schutze ihrer Inlandsmärkte beantwortet wird.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Geschäftsgang des Einzelhandels war im März verhältnismäßig schwach. Obwohl das Osterfest früher fiel (10. und 11. April gegen 18. und 19. April im Vorjahr), sind die Umsätze im März nicht übersaisonnemäßig gestiegen: sie nahmen nur um knapp 13% zu, gegen 14% im Vorjahr. Die Verkäufe waren wertmäßig um 6%, mengenmäßig nur um 3% bis 4% höher als im Vorjahr, während sie in den vorhergehenden Monaten noch um durchschnittlich 12% (mengenmäßig) darüber lagen.

Wie schon wiederholt in den letzten 12 Monaten, hat auch im März das ungünstige Wetter die Kauflust beeinträchtigt. Die anhaltende Kälte und die Schneefälle in den ersten 3 Wochen des Monats veranlaßten die Konsumenten vielfach, geplante Frühjahrseinkäufe aufzuschieben oder fallen zu lassen. Wohl hat der plötzliche Übergang zu sommerlichen Temperaturen die Nachfrage in der 4. Woche stärker belebt; die Ausfälle in den Vorwochen konnten jedoch nicht ausgeglichen werden.

Da aber auch in den vom Wetter weitgehend unabhängigen Branchen relativ wenig gekauft wurde, hat anscheinend die Konsumentennachfrage allgemein etwas nachgelassen oder sich weiter zu Gunsten von Bedürfnissen verlagert, die nicht oder nur zum Teil vom Einzelhandel gedeckt werden (Motorisierung, Reisen, Sport, Reparatur und Modernisierung der Wohnungen durch Elektro- und Gasinstalltionen u. ä.).

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

Branche	IV. Quartal 1954		I. Quartal 1955	
	1952	gegen 1953 Veränderungen in %	1953	gegen 1954
Lebensmittel	+ 32'3	+ 21'0	+ 22'0	+ 9'4
Tabakwaren	- 4'9	- 14'1	- 11'4	+ 9'9
Textilien	+ 29'6	+ 7'6	+ 11'8	+ 6'3
Schuhe	+ 31'6	+ 19'3	+ 8'8	+ 5'4
Möbel und Wohnbedarf ..	+ 30'4	+ 11'3	+ 20'9	+ 8'3
Sonstiges	+ 30'2	+ 14'4	+ 19'6	+ 9'9
Insgesamt ...	+ 25'9	+ 11'8	+ 13'8	+ 8'7

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Nach den Umsatzergebnissen der ersten drei Monate hat die Einzelhandelskonzunktur seit Beginn des Jahres etwas nachgelassen. Während die Mengenumsätze im IV. Quartal 1954 noch um 12% und 26% höher waren als in den Jahren 1953 und 1952, lagen sie im I. Quartal 1955 nur um 9% und 14% über den beiden Vorjahren. Besonders auffällig war die Abschwächung bei Schuhen und Lebensmitteln, aber auch bei Möbeln und Wohnbedarf sowie in der Gruppe „Sonstiges“ war sie ziemlich ausgeprägt.

Laut Konjunkturtest sind in den meisten Branchen die Wareneingänge von Februar auf März stärker gestiegen als die Umsätze, so daß die Lagerbestände zugenommen haben. Da die Lager den Händlern offenbar zu hoch erscheinen, wurden die Bestellungen in Branchen mit längerfristiger Disposition meist eingeschränkt oder weniger ausgedehnt, als saisongemäß zu erwarten war.

Der Geschäftsgang war in den einzelnen Betriebsformen und Branchen sehr unterschiedlich. Besonders günstig schnitten die *Konsumgenossenschaften* ab. Ihre Umsätze stiegen um 11%, während sie sonst im März nur um durchschnittlich 3% zunahmen. Die Umsätze des Vorjahres wurden um 17% übertroffen (in den Vormonaten nur um durchschnittlich 8%). Von diesem Zuwachs entfallen rund 2% auf die Zunahme der Zahl der Abgabestellen von 1.415 auf 1.453; in den alten Abgabestellen waren die Umsätze um 15% höher als im Vorjahr. In den *Warenhäusern* stiegen die Verkäufe von Februar auf März um 13%, gegen durchschnittlich 18% in den Jahren 1952 und 1953 (die Zunahme von bloß 1% im Jahre 1954 war durch die starke asaisonale Steigerung im Februar bedingt). Das Umsatzergebnis des Vorjahres wurde nur um 9% übertroffen (im IV. Quartal 1954 um 24%, im Jänner um 40%). Trotzdem war der Geschäftsgang in den einzelnen Warenhausabteilungen besser als in den entsprechenden Fachgeschäften.

Der Saison entsprechend nahm im März die Nachfrage nach Textilien und Bekleidung am stärksten zu. Die Umsätze von *Textilien* stiegen um 25% (in früheren Jahren um durchschnittlich 34%) und waren erstmals seit September 1954 um 5% (wert- und mengenmäßig) niedriger als im Vorjahr. Vor allem wurde mehr Oberbekleidung und Meterware verkauft als im Vormonat, während der Absatz von Wäsche, Wirk- und Strickwaren leicht sank. Die Verkäufe von *Schuhen* nahmen dagegen mehr als saisonmäßig zu (+51% gegen +42% im Durchschnitt 1952 bis 1954) und waren wert- und mengenmäßig um etwa 12% höher als im März 1954. Der relativ schwache Geschäftsgang des Schuhhandels in den beiden ersten Monaten des Jahres wurde jedoch dadurch nur zum geringen Teil ausgeglichen.

Relativ günstig schnitten auch die unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen ab, da ein Teil der Ostereinkäufe bereits im März getätigt wurde. Die Umsätze nahmen um 25% zu (in den Vorjahren nur um durchschnittlich 10%) und waren um 26% höher als im März 1954. Neben Spielwaren, Photoartikeln, Büchern und Papierwaren wurden auch Parfümerie- und Drogeriewaren mehr verkauft als

im Vormonat (+23%). Ein Teil dieser Umsatzsteigerung dürfte allerdings auf die Verteuerung von Seife und Waschmitteln gegen Ende des Monats und auf die vorangegangenen Vorratskäufe zurückzuführen sein.

Der Absatz von *Lebensmitteln* entsprach im allgemeinen den Saisonerwartungen. Es wurde wertmäßig um 8% (in den Vorjahren durchschnittlich um 6%) und, da sich verschiedene Nahrungs- und Genußmittel (Reis, Eier, Kaffee) verbilligten, mengenmäßig um 10% mehr verkauft als im Vormonat. Die Mengenumsätze von März 1954 wurden um 8% übertroffen.

Dagegen nahmen die Umsätze von *Tabakwaren* entgegen der normalen Saisonbewegung (+15%) im März um 8% ab. Sie waren dadurch um 11% (wert- und mengenmäßig) niedriger als im Vorjahr und um 9% niedriger als im März 1953.

Auch der Geschäftsgang des Handels mit *Möbeln* und *Wohnbedarf* hat etwas enttäuscht. Wohl haben die Verkäufe saisongemäß um 10% zugenommen (im Jahre 1952 um 12%, im Jahre 1953 um 7%), das Umsatzergebnis des Vorjahres wurde jedoch wertmäßig nur knapp erreicht, während es in den Vormonaten um durchschnittlich 22% überschritten worden war. Allerdings war der Absatz im März 1954 übersaisonmäßig lebhaft. Möbel, Teppiche, Gardinen wurden um 4% weniger verkauft als im Vorjahr; infolge der höheren Möbelpreise waren die Mengenumsätze sogar um 8% geringer. Dagegen waren die Verkäufe an Hausrat, Glas, Porzellan wertmäßig um 7% höher als im März 1954; die Mengenumsätze sind noch mehr gestiegen, da sich insbesondere Porzellanwaren stark verbilligten.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) nahm im März entgegen den Saisonerwartungen um 7% zu (1953: -1%; 1954: +1%) und war um 25% höher als im Vorjahr. Auch der Nettoertrag, der die Binnenumsätze widerspiegeln soll, stieg um 4%, während er im März 1954 um 1% zurückgegangen war. Die Eingänge des Vorjahres wurden um 24% überschritten. Da die Einzelhandelsumsätze im Februar nur um 1% zugenommen hatten und um 7% höher waren als im Vorjahr, kann man schließen, daß der Geschäftsgang in den übrigen Wirtschaftszweigen ebenso wie im Vormonat besser war als im Einzelhandel.

An *Verbrauchssteuern* gingen im März 160 Mill. Schilling ein, um 11% mehr als im Vormonat und um 15% mehr als im März 1953. Der Zuwachs gegenüber Februar entfällt auf die Tabak- (+7%), Bier- (+162%) und Salzsteuer (+4%), während die übrigen Verbrauchssteuern weniger (im Durchschnitt

um 7%) einbrachten. Gegenüber März 1954 sind die Erträge sämtlicher Verbrauchssteuern, ausgenommen die für Zündmittel (-41%), gestiegen. Infolge der starken Ausweitung der Motorisierung haben vor allem die Eingänge an Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) zugenommen (+44%). Vom Mehrertrag an Verbrauchssteuern gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rund 21 Mill. S, entfielen allein 14 Mill. Schilling auf die Mineralölsteuer.

Die Versorgung Wiens mit Obst und Gemüse war in letzter Zeit verhältnismäßig günstig, so daß die mit dem höheren Einkommen und der wachsenden Aufklärung über die Vorteile vitamin- und mineralstoffreicher Ernährung steigende Nachfrage weitgehend befriedigt werden konnte. Von Februar bis April wurden je Woche durchschnittlich 10.146 q *Obst* und *Südfrüchte* nach Wien geliefert, gegen 8.376 q im Vorjahre (+21%). Seit März waren die Anlieferungen auch um 4% höher als im Jahre 1953. Obwohl im Jahre 1954 um rund ein Drittel weniger Winter-Speiseäpfel geerntet wurden als im Vorjahr, war das inländische Obstangebot in den letzten Monaten fast doppelt so hoch wie im Jahre 1954. Da der Absatz im Herbst verhältnismäßig schwach war, entstanden insbesondere in der Steiermark große Vorräte, die seit Jahresbeginn laufend auf den Markt kamen. Dagegen wurden weniger Äpfel, zeitweise auch weniger Südfrüchte eingeführt als im Vorjahr. (Nur im März übertrafen die Anlieferungen von Agrumen um 36% den ohnehin hohen Stand des Jahres 1954.) Dementsprechend waren die Preise für inländische Äpfel um 1 bis 2 S je kg niedriger als im Vorjahr, während ausländische Äpfel etwas teurer waren. Die Preise für Orangen waren etwa gleich hoch, die für Zitronen höher als vor einem Jahr. Nur Bananen verbilligten sich bis um 4 S je kg.

Die Anlieferungen von *Gemüse* waren in den letzten drei Monaten um durchschnittlich 25% höher als im Vorjahr und um 7% höher als im Jahre 1953. Diese Zunahme ist vor allem den hohen Importen zu danken, während die Inlandsanlieferungen nur um 9% über dem relativ niedrigen Niveau des Vorjahres lagen und um 18% geringer waren als im Jahre 1953. Da jedoch die Nachfrage offenbar stärker gestiegen ist als das Angebot, waren die Preise der meisten Gemüsearten (Glassalat, Kohl, Kraut, Karfiol, Kohlrüben, Zwiebel, Sellerie, rote Rüben) höher als im Vorjahr. Nur einige wenige Gemüsearten (Spinat, Vogerlsalat, Karotten), deren Angebot die Nachfrage überstieg, wurden billiger. Die Gemüsepreise waren durchwegs höher als im Jahre 1953.

Die Einfuhr von *Frühkartoffeln* begann heuer einen Monat früher als in anderen Jahren. Während

Zufuhren von Obst und Gemüse nach Wien¹⁾

Jahr bzw. Monat	Obst und Südfrüchte insgesamt	davon aus dem Ausland		insgesamt	davon aus dem Ausland	
		Wochendurchschnitt in q ²⁾			Wochendurchschnitt in q ²⁾	
1953 Februar	11.897	5.278		8.358		3.202
März	11.225	3.779		7.967		2.880
April	9.189	3.245		9.756		3.169
Ø Februar—April.....	10.770	4.101		8.694		3.084
1954 Februar	7.875	6.259		6.135		1.507
März	8.080	6.039		8.976		4.619
April	9.173	7.442		7.111		3.460
Ø Februar—April.....	8.376	6.580		7.407		3.195
1955 Februar	9.266	3.729		8.545		3.853
März	11.553	5.967		9.457		5.184
April	9.619	5.528		9.810		4.976
Ø Februar—April.....	10.146	5.075		9.271		4.671

¹⁾ Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Februar und April Durchschnitt aus 5, März Durchschnitt aus 4 Wochen.

die ersten Frühkartoffeln in Wien gewöhnlich Ende April angeboten wurden, waren heuer geringe Mengen bereits in der Woche vom 21. bis 27. März auf dem Markt. Die Preise waren nur wenig höher als die der Erstlingsware im Vorjahr.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt, die im März durch die ungünstige Witterung sehr beeinträchtigt wurde, war im April besonders stark. Obwohl auch in den ersten Aprilwochen Kälte, Schnee und Regen die Außenarbeiten in der Bauwirtschaft noch sehr erschwerten, hat sich die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter nach Ostern stark erhöht. Im April waren die Zunahme der Beschäftigung und die Abnahme der Arbeitslosigkeit mit mehr als 73.000 um 14% und 19% größer als im April 1954¹⁾. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat (zwei Monate früher als im Vorjahr und im Jahre 1951) die 2-Millionen-Grenze — und zwar beträchtlich — überschritten und wird voraussichtlich schon Ende Mai den Höchststand des Vorjahres (2.076.000 im Oktober 1954) erreichen. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden ist endlich auf das Niveau von 1951 gesunken. Wenn auch die starke Besserung im April zum Teil der Ausgleich für die Verzögerung des Saisonaufschwunges im März war, so zeigt ihre Stärke doch, daß auf dem Arbeitsmarkt auch weiterhin konjunkturelle Auftriebskräfte wirksam sind. Die Veränderungen seit dem Herbst entsprechen ungefähr den Veränderungen des Jahres 1950/51.

Arbeitskräfte werden immer knapper; vor allem Baufirmen bieten wieder — wie schon im Höhepunkt der Bausaison des Vorjahres — Sondervergütungen an, um Arbeiter an sich zu ziehen. In den westlichen Bundesländern macht sich auch die ausländische

¹⁾ Alle Zahlen für April 1955 sind vorläufig.

Nachfrage nach Arbeitskräften stark bemerkbar. Das Angebot an gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich im April um 3.452 gegen nur 1.984 im Vorjahr und 182 im Jahre 1951. Es ist mit 31.900 um 9.900 höher als im April 1954 und nur noch um 1.200 niedriger als im Jahre 1951.

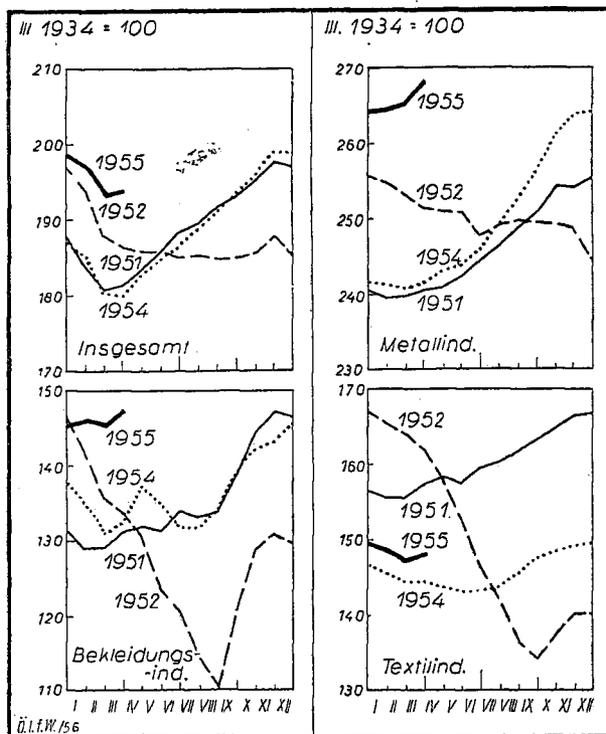
Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im März um 22.700 (1,2%) auf 1,967.400, im April um 73.200 (3,7%) auf 2,040.600. Im Durchschnitt der beiden Monate März und April nahm die Beschäftigung mit 48.000 um etwas mehr zu als im Jahre 1951, aber um fast ein Viertel weniger als im Vorjahr. Seit ihrem Tiefstand Ende Jänner hat die Beschäftigung bis Ende April nur um ungefähr ebenso viel zugenommen wie im Jahre 1951, aber um 15% weniger als im Jahre 1954, obwohl damals der Saisonwendepunkt erst in den Februar fiel. Die Mehrbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr, die im März auf 96.200 scharf zurückgegangen war, erhöhte sich daher im April wieder auf 105.400, konnte jedoch die Höhe der Mehrbeschäftigung in den unmittelbar vorausgegangenen Monaten nicht mehr erreichen. In dieser Entwicklung zeigt sich neben Witterungseinflüssen die allgemeine Abflachung der Saisonschwankung in Jahren guter Konjunktur, auf die im letzten Monatsbericht hingewiesen wurde.

1954. Die Veränderungen bei Bahn, Bund, Gemeinde und den Krankenfürsorgeversicherten waren unbedeutend.

Die Beschäftigung in 1.678 repräsentativen Groß- und Mittelbetrieben liegt bereits erheblich höher als im Jahre 1951. Im März 1955 — spätere Zahlen sind noch nicht erhältlich — waren in diesen Betrieben um 7,7% und 6,9% mehr Arbeitskräfte tätig als im März 1954 und 1951. In der Holz-, Leder-, Textil-, Papier- und chemischen Industrie war der Saisonrückgang besonders gering. In der Bekleidungsindustrie blieb der sonst starke winterliche Rückschlag fast gänzlich aus, während sich in der Eisen- und Metallindustrie die Beschäftigung im Gegensatz zu früheren Jahren sogar kontinuierlich erhöhte. Die Beschäftigung lag in allen Industrien, mit Ausnahme der Lederindustrie, im Durchschnitt des I. Quartals über der des Vorjahres. Nur in der Textil- und Lederindustrie hat die Zahl der Arbeitnehmer das Niveau von 1951 noch nicht erreicht.

Die Beschäftigung in 1.678 Betrieben

(Normaler Maßstab; März 1934 = 100)



Der Beschäftigtenstand in 1.678 Groß- und Mittelbetrieben stieg im Konjunkturaufschwung des Jahres 1954 ungefähr ebenso stark, gegen Jahresende sogar stärker, als im Jahre 1951 und ist nun bedeutend höher als in früheren Jahren. Besonders günstig war die Entwicklung in der Eisen- und Metallindustrie, die Textilindustrie ist dagegen vom Beschäftigungsniveau des Jahres 1951 noch immer weit entfernt. Der übliche Saisonrückgang war heuer in der Bekleidungsindustrie besonders gering und blieb in der Eisen- und Metallindustrie ganz aus.

Die Zunahme der Beschäftigung vom winterlichen Tiefstand bis Ende April

	1951		1954		1955 ¹⁾	
	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand
	in 1.000					
Februar	+ 15'4	1.878'2	— 3'1	1.808'9	+ 11'4	1.944'7
März	+ 39'3	1.917'5	+ 62'2	1.871'2	+ 22'7	1.967'4
April	+ 51'5	1.969'0	+ 64'0	1.935'2	+ 73'2	2.040'6
Durchschnitt						
März—April ..	+ 45'4	1.943'3	+ 63'2	1.903'2	+ 48'0	2.004'0
Gesamtzunahme seit dem Tiefstand	+106'2		+126'3		+107'3	

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Land- und Forstwirtschaft stellte heuer entgegen den Saisonerwartungen auch noch im März Arbeitskräfte frei, da die Holzbringung infolge der guten Schneelage in den Vormonaten vielfach schon beendet war. Während die Zahl der stellensuchenden Landarbeiter um 1.948 sank, ist die der stellensuchenden Forstarbeiter noch um 2.007 gestiegen. Die Land- und Forstwirtschaft erreichte daher Ende März mit 176.200 Arbeitnehmern, um 12.700 weniger als ein Jahr vorher, einen neuen Tiefstand der Beschäftigung.

Die Zahl der Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft stieg im März um 24.100 auf 1,523.200. Sie war Ende März um 107.400 höher als Ende März

In der gesamten Industrie waren nach der Statistik der Bundessektion Industrie Ende März 478.300 Arbeitnehmer tätig, um 35.600 oder 8,0% mehr als im März des Vorjahres.

Wie alljährlich nahm auch heuer die Kurzarbeit in den Wintermonaten etwas zu. Sie erreichte ihren höchsten Stand Ende Jänner mit 1.929 gegen 578 Kurzarbeitern zu Jahresende und 2.945 Ende Jänner 1954. Sie fiel bis Ende April auf 435. In der Eisen- und Metallindustrie ist sie so gut wie verschwunden. Mehr als drei Viertel der noch verbliebenen Kurzarbeiter entfallen auf zwei größere Betriebe der Teppich- und Möbelstoffherzeugung in Niederösterreich.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im März um 25.500 (11,6%) auf 194.000, im April um weitere 73.400 (37,8%) auf 120.700.

Im Durchschnitt der beiden Monate März und April war die Abnahme geringer als im Vorjahr, aber doch größer als im Jahre 1951. Auch vom winterlichen Höchststand bis Ende April sank die Zahl der Stellensuchenden heuer weniger als im Jahre 1954 (um 109.800 gegen 125.800). Während es daher Ende Februar noch um 85.600 vorgemerkte Stellensuchende weniger gab als ein Jahr vorher, war die Differenz Ende März nur noch 47.100, Ende April aber 58.700. Der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit des Vorjahres (Ende September 91.800 Stellensuchende) wird heuer voraussichtlich schon im Mai, spätestens aber im Juni erreicht werden. Die Rate der Arbeitslosigkeit fiel im April von 9,0% auf 5,6% (im Vorjahr von 11,4% auf 8,5%). Obwohl die Zahl der Arbeitslosen noch um 1.300 höher ist als im April 1951, ist die Rate der Arbeitslosigkeit schon etwas niedriger als damals (5,7%), weil sich seither das Arbeitskräfteangebot um 72.900 vergrößert hat.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit vom winterlichen Höchststand bis Ende April

	1951		1954		1955	
	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand	Differenz gegenüber d. Vormonat	Stand
Februar	- 20'1	200'7	+ 5'6	305'2	- 11'0	219'5
März	- 39'4	161'2	- 64'0	241'2	- 25'5	194'0
April	- 41'9	119'4	- 61'8	179'4	- 73'4 ¹⁾	120'7 ¹⁾
Durchschnitt März—						
April	- 40'7	140'3	- 62'9	210'3	- 49'5	157'4
Gesamtabnahme seit dem Höchststand ..	-101'4		-125'8		-109'8	

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Arbeitslosigkeit stieg im März nur bei den Forstarbeitern, in allen anderen Berufsklassen fiel sie, aber mit wenigen Ausnahmen viel schwächer als im Vorjahre. Auch im April war, obwohl die gesamte

Arbeitslosigkeit stark sank, der Rückgang bei den Metall-, Holz- und Bekleidungsarbeitern schwächer als im April 1954, und nur bei den Textil-, Gastgewerbe-, Bau- und Hilfsarbeitern stärker. Gastgewerbliche Arbeiter haben zum Teil auch in der Schweiz Arbeit gefunden, oder sind in andere Berufe abgewandert.

Die Bauwirtschaft ist bestrebt, den Zeitverlust, den sie durch den um mehrere Wochen verspäteten Beginn der Bausaison erlitten hat, nach Möglichkeit aufzuholen. Ende April waren nur noch 16.500 stellensuchende Bauarbeiter vorgemerkt (6.896 Bau-facharbeiter und 9.641 Bauhilfsarbeiter) gegen 34.000 (14.300 bzw. 19.800) im Vorjahr. Ende April schon waren ungefähr ebenso viele Arbeitskräfte im Bau-gewerbe beschäftigt wie im Juni 1954. Bis Ende Mai werden die einsatzfähigen Reserven an Bauarbeitern voraussichtlich ziemlich ausgeschöpft werden. Damit wird das alte Problem der sommerlichen Beschäftigungsspitze im Baugewerbe mit seinen unerwünschten Begleiterscheinungen (wie Verstärkung der Land-flucht, Ausweitung des Arbeitskräftepotentials der Bauwirtschaft und daher größere Anfälligkeit gegen Saisonarbeitslosigkeit im Winter) akuter denn je. Die Bauinnung plädiert unter diesen Um-ständen dafür, italienische Bauarbeiter während der Sommersaison zuzulassen. Dies würde — so wird argu-mentiert — trotz der verkürzten Bausaison erlauben, die Rohbauten noch vor Einbruch der Kälte fertig-zustellen und die Innenarbeiten während des Winters durchzuführen. Die Bauarbeitergewerkschaft will hingegen eine solche Zuwanderung verhindern und die Überstundenleistungen einschränken, um ein möglichst hohes Bauvolumen für die Wintermonate zu sichern, und die Bauarbeiten gleichmäßiger auf das ganze Jahr zu verteilen.

Am zweckmäßigsten wäre wohl eine Anpassung der Bauaufträge an die tatsächlich vorhandene Bau-kapazität durch Einschränkung der öffentlichen Bau-tätigkeit während der Sommermonate. Eine solche Einschränkung würde auch das Bauvolumen im Win-ter vergrößern, wenn es möglich wäre, die Budget-mittel, die auf diese Weise eingespart werden, im I. Quartal des kommenden Jahres auszugeben.

Die Zahl der stellensuchenden Männer hat im April vor allem infolge des überaus starken Bedarfs der Bauwirtschaft um mehr als die Hälfte abgenom-men. Trotzdem ist der gesamte Rückgang seit dem Höchststand infolge der hohen Winterbeschäftigung im Baugewerbe bei den männlichen Arbeitslosen ge-ringer als im Vorjahr (und nur bei den Frauen höher).

Bei ungefähr gleich hoher Gesamtzahl der vor-gemerkten Stellensuchenden wie im April 1951 ist

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in einigen Berufs- klassen bis Ende April

Berufsklassen	1951		1954		1955 ¹⁾	
	Abnahme ²⁾	Stand Ende April	Abnahme ²⁾	Stand Ende April	Abnahme ²⁾	Stand Ende April
Bauarbeiter.....	55.072	17.488	72.541	34.030	60.628	16.537
davon						
Baufacharbeiter .	35.040	9.188	44.130	14.258	36.192	6.896
Bauhilfsarbeiter .	20.032	9.188	28.411	19.772	24.436	9.641
Metallarbeiter.....	—	—	7.330	17.856	3.912	8.977
Holzarbeiter.....	3.835	3.220	5.819	7.674	4.269	3.538
Textilarbeiter.....	298	3.160	482	10.204	1.196	7.783
Bekleidungsarbeiter..	2.693	7.901	7.028	13.270	5.280	7.620
Gastgewerbl. Arb..	1.070	6.513	1.111	9.177	1.919	8.304
Hilfsarbeiter wech- selnder Art.....	—	—	2.193	15.232	2.641	12.925
Übrige.....	—	—	29.308	71.911	29.998	54.983
Männer.....	93.039	66.127	113.333	103.753	92.975	56.812
Frauen.....	8.385	53.225	12.479	75.601	16.868	63.855
Zusammen.....	101.424	119.352	125.812	179.354	109.843	120.667
Ohne Bauarbeiter...	46.352	101.864	53.271	145.324	49.215	104.130

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Ende Jänner bis Ende April. — ³⁾ Ende Februar bis Ende April.

die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter (nur Bau-facharbeiter) und der Bekleidungsarbeiter erstmals unter das Niveau von 1951 gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen in den Körperpflegeberufen und der arbeitslosen Angestellten (vor allem der Techniker), ist schon seit längerer Zeit niedriger als im Jahre 1951. Regional hat sich aber die Lage gegenüber 1951 nur in Wien und in Kärnten gebessert. Bei den Männern ist die Arbeitslosigkeit auch in den Bundesländern Niederösterreich, Vorarlberg und Burgenland tiefer als damals, bei den Frauen nur in der Steiermark und in Salzburg. Der Anteil der östlichen Bundesländer an der Gesamtarbeitslosigkeit, der im April 1951 64,4% betrug, ist bis April 1955 leicht, auf 61,3%, zurückgegangen.

Die vorgemerkten Stellensuchenden im April 1951 und April 1955 nach Bundesländern

Bundesländer	1951			1955 ¹⁾		
	Männer	Frauen	Zusammen in 1.000	Männer	Frauen	Zusammen
Wien.....	24'3	27'0	51'3	16'6	29'7	46'2
Niederösterreich.....	13'1	7'5	20'6	12'5	10'1	22'6
Steiermark.....	8'7	7'1	15'8	9'0	6'9	15'9
Kärnten.....	5'2	2'5	7'7	3'8	2'9	6'7
Oberösterreich.....	6'3	5'4	11'8	6'9	7'9	14'7
Salzburg.....	1'1	1'3	2'4	1'4	1'1	2'5
Tirol.....	2'4	1'8	4'2	3'0	2'8	5'8
Vorarlberg.....	0'4	0'2	0'7	0'4	0'5	0'9
Burgenland.....	4'5	0'5	5'0	3'6	1'6	5'2
Insgesamt.....	66'1	53'2	119'4	56'8	63'9	120'7

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verkehrsleistungen im Güterverkehr der Bundesbahnen betragen im März 640'2 Mill. netto-*t-km* und 161.387 Wagenstellungen. Sie waren zwar um 6% und 11% höher als im Februar, jedoch nur

zufolge der höheren Zahl von Arbeitstagen (27 gegen 24 im Februar); die Leistung je Arbeitstag ging hingegen, im Gegensatz zu der sonst üblichen saisonalen Belegung von durchschnittlich 8%, leicht zurück (-1%). Es wurde infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse vor allem nur wenig mehr Zement befördert als im Vormonat. Insgesamt stiegen die Baustofftransporte um 23%, gegen normalerweise 74%.

Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der netto-*t-km* um 12%, die der Wagenstellungen um 1'7% höher. Die Steigerung war bei Kohle, Koks, Holz und Papier am stärksten.

Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	März 1955	Veränderung in % (+ bzw. —)		Arbeitsstag gegen Vormonat
		Monatsergebnis gegen Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt.....	161.387	+ 1'7	+ 11'2	— 1'1
davon				
Kohle, Koks.....	25.538	+ 5'4	+ 9'0	— 3'2
Holz.....	25.452	+ 8'4	+ 2'9	— 8'5
Baustoffe.....	18.169	+ 1'0	+ 38'4	+ 23'0
Eisen.....	11.329	+ 0'3	+ 5'9	— 5'8
Papier.....	6.207	+ 11'4	+ 11'5	— 0'9
Erze.....	7.690	+ 2'5	+ 17'5	+ 4'4
Kunstdünger.....	3.126	— 50'0	— 20'2	— 28'8
Nahrungsmittel.....	8.141	— 22'3	+ 21'1	+ 7'9
Stückgut.....	28.966	+ 8'3	+ 14'1	+ 1'4
Sammelgut.....	5.055	+ 6'2	+ 9'7	— 2'6
Zuckerrüben.....	15	—	—	—
Andere.....	21.699	+ 6'1	+ 6'9	— 5'0

In der Ein-, Aus- und Durchfuhr wurden 1'58 Mill. *t* befördert, 5% und 4% mehr als im Februar 1955 und März 1954. Die Steigerung gegenüber beiden Vergleichsmonaten beruht auf einer höheren Ein- und Ausfuhr. Der Transitverkehr nahm tonnagemäßig leicht, hinsichtlich der Zahl der netto-*t-km* von Februar auf März jedoch stark ab (77.392 gegen 109.103), da die Getreidesendungen von Frankreich nach Ungarn nahezu abgeschlossen sind.

Die Wagenlage war im März befriedigend. Der gesamte Bedarf konnte zu 95'8% gedeckt werden. Um höhere Mietsätze für Fremdwagen zu vermeiden, wurde angeordnet, daß EUROP-Wagen nur mehr nach ausländischen Bahnhöfen beladen werden dürfen.

Im Reiseverkehr der ÖBB wurden im März 4'74 Mill. Karten verkauft. Infolge der schlechten Witterung war die Belegung gegenüber Februar schwächer als gewöhnlich. Die Frequenz lag sogar etwas unter dem ebenfalls nicht sehr guten Vorjahresergebnis.

Im Straßenverkehr war das Lastfuhrwerksgewerbe auch im März noch zufriedenstellend beschäftigt, hauptsächlich infolge der umfangreichen öffentlichen Bauvorhaben im Kraftwerk- und Straßenbau. Im Personenverkehr beförderten Bahn und Post 7'87 Mill. Personen, 10% mehr als im Februar d. J., 3% mehr als im März 1954.

Der *Fremdenverkehr* zählte im März 1'5 Mill. Übernachtungen, gegen 1'1 Mill. im Februar. Die Ausländerfrequenz war gegenüber dem Vorjahre um 29%, die der Inländer um 7% höher. Im grenzüberschreitenden Einreiseverkehr kamen 451.696 Ausländer nach Österreich, 20% mehr als im Vorjahr.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr, die schon in den vergangenen Monaten hinter der Entwicklung der Reisefrequenz zurückblieben, waren im März sogar gegenläufig. Sie sanken gegenüber Februar um 3 Mill. S auf 103'3 Mill. S und waren um 14'2 Mill. S niedriger als im März 1954. Die Ursachen dieser Entwicklung sind noch nicht erkennbar. Sie können in verstärkten Abhebungen von den Ausländer-Sparkonten, die im Herbst vergangenen Jahres freigegeben wurden, oder in erhöhter Mitnahme von Schillingbeträgen bei der Einreise liegen. Es ist aber auch möglich, daß die Besuche von Verwandten und Bekannten zugenommen haben, daß sich der Betrag der ständig umlaufenden Valuten erhöhte oder Ausländer gebrauchte Kraftfahrzeuge (die verzollt wurden) gegen Schillinge verkaufen und damit ihren Aufenthalt in Österreich bestreiten.

Die Verkehrsintegration der Montan-Union

Der Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 sieht u. a. auch eine entsprechende Integration des Verkehrswesens der Signatarstaaten, Belgien, Westdeutschland, Frankreich mit dem Saarland, Italien, Luxemburg und Niederlande vor. Ziel ist, für die Vertragsgüter jede Transportdiskriminierung zu beseitigen und einheitliche Transportbedingungen zu schaffen. Es soll in drei Etappen erreicht werden. Die *erste* Etappe sieht vor, die Diskriminierung der Mitgliedstaaten in den Binnentariifen zu beseitigen. Internationale Transporte müssen zu den gleichen Frachtsätzen und Frachtbedingungen abgefertigt werden wie die Binnentransporte. Eine tarifarische Bevorzugung der inländischen Produzenten und Verbraucher ist daher nicht mehr möglich. Im *zweiten* Stadium sollen direkte internationale Tarife aufgestellt werden. Dadurch fällt der verteuerte Frachtenbruch an der Staatsgrenze weg und für Montangüter wird praktisch ein geschlossener Verkehrsraum erreicht, in dem die degressive Entfernungsstaffel der Frachtsätze auch über die Staatsgrenze hinaus angewendet wird.

Die *dritte* Stufe der Verkehrsintegration will die verschieden hohen Tarife der einzelnen Länder nivellieren. Ferner sollen auch die Beförderungsbedingungen der Verkehrsträger — Schiene, Straße, Schifffahrt — harmonisch aufeinander abgestimmt werden, ein Ziel, das engstens mit der Koordinierung der Verkehrsträger im nationalen Bereich verbunden ist und wohl erst nach Jahren erreicht werden kann. Die Verkehrsintegration soll in Fristen durchgeführt sein, die von der Hohen Behörde festgelegt werden, und zwar die erste Etappe am 10. Februar 1953, die zweite am 24. Oktober 1954 und die dritte Etappe spätestens im Februar 1958.

Beseitigung der Diskriminierung

Die Maßnahmen der ersten Etappe traten trotz vielen Schwierigkeiten fristgerecht mit der Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle (10. Februar 1953) in Kraft. Die 32 Einzelempfehlungen der Hohen Behörde wurden von den Mitgliedstaaten anerkannt und die Eisenbahnverwaltungen verhalten, die beanstandeten Tarife zu ändern.

Die Diskriminierung konnte auf dreierlei Art beseitigt werden. Entweder man glich den Binnentarif dem internationalen Tarif an oder umgekehrt, oder aber man erstellte einen neuen gemeinsamen Tarif, der zwischen dem alten Binnen- und dem internationalen Tarif lag. Da die meisten Staaten die Inlandsfrachtkosten nicht erhöhen wollten, paßten sie die internationalen Frachtkosten den Binnentariifen an, so daß sich die zwischenstaatlichen Transportkosten für Montangüter innerhalb der Gemeinschaft durchwegs ermäßigten, in einzelnen Relationen bis zu 36% (siehe Übersicht).

Direkte Tarife ab 1. Mai 1955

Die zweite Etappe zieht ungleich größere bahnwirtschaftliche und allgemeine wirtschaftliche Folgen nach sich als die erste Etappe. Daher wurde sie in zwei Teilstufen unterteilt. Mit einer Verspätung von 5 Monaten traten am 1. Mai 1955 die direkten Tarife für Kohle und Erz in Kraft. Die übrigen Güter (Rohstahl, Roheisen, Schrott, Stahlerzeugnisse) werden erst ab 1. Mai 1956 einbezogen.

Die Einführung der direkten Tarife senkt die Frachtkosten innerhalb der Montan-Union erheblich. Die zwischenstaatlichen Frachtkosten liegen nunmehr prinzipiell nicht höher als die Binnenfracht für das gleiche Gut auf der gleichen Entfernung. Dies entspricht einer Forderung des gemeinsamen Marktes, nämlich „den in vergleichbarer Lage befindlichen Verbrauchern vergleichbare Preise zu bieten“ (Artikel 70, Absatz 1 des Vertrages). Noch fehlt aber der letzte Schritt zur Tarifeinheitlichkeit. Infolge des unterschiedlichen Tarifniveaus der einzelnen Mitgliedstaaten sind nämlich die Frachtsätze praktisch auch seit der Einführung der direkten Tarife im Binnenverkehr und im internationalen Verkehr noch verschieden hoch. Dieses Ziel kann erst mit der dritten Etappe erreicht werden.

Die „direkten Tarife“ sind grundsätzlich nichts Neues und wurden auch schon bisher in den sogenannten Verbandstarifen im Verkehr mit Nachbarländern angewandt. Neu ist jedoch bei den direkten Tarifen der Montan-Union, daß für die *Gesamtentfernung*, also über die Staatsgrenze hinweg, die degressive Entfernungsstaffel verwendet wird, während sie bisher jeweils nur bis zur Grenze galt. Außerdem wird die Abfertigungsgebühr nur einmal (bisher zweimal) berechnet¹⁾. Die Beseitigung des doppelten Frachtenbruches wirkt sich vor allem im Dreiländerver-

1) Im normalen grenzüberschreitenden Verkehr wird die Fracht so berechnet, als ob die Ladung vom Absender beim Grenzübertritt neu aufgegeben würde. Dadurch wird die Degression nur im Ausmaß der Teilstrecken wirksam und außerdem hebt jede Bahnverwaltung eine Abfertigungsgebühr ein. Es entsteht ein doppelter Frachtenbruch, der den grenzüberschreitenden Verkehr gegenüber dem Binnenverkehr auf gleicher Entfernung beträchtlich verteuert.

kehr, wenn also ein Land, z. B. Luxemburg oder Belgien, durchfahren werden muß, stark kostensenkend aus.

Die Degression der Entfernungstafel wird von den einzelnen Bahnverwaltungen allerdings noch immer nicht ganz einheitlich berechnet. Gemeinwirtschaftliche Erwägungen spielen in den verschiedenen Ländern eine unterschiedliche Rolle. In manchen Union-Ländern ist die Degression der Entfernungstafel nur schwach ausgeprägt (z. B. in Italien), in anderen Ländern, wie z. B. in Deutschland, werden revierferne Gebiete sehr stark begünstigt. Eine Vereinheitlichung hätte die Frachtkosten für diese Gebiete empfindlich erhöht. Die Hohe Behörde beschränkte daher den gemeinsamen Degressionssatz auf Entfernungen bis 250 km (für Kohle und Erz) und 200 km (für Schrott, Roheisen und Eisenerzeugnisse). Für größere Entfernungen gelten die nationalen Degressionssätze, so daß sich innerhalb der Gemeinschaft auf die vereinheitlichten Sätze (sogenannter Stiel) ein Degressionsfächer aufsetzt, in dem die deutsche Degressionskurve am stärksten nach unten und die italienische am weitesten nach oben abweicht. Veränderungen über diese beiden Grenztarife hinaus bedürfen der Genehmigung der Hohen Behörde. Trotz diesen Einschränkungen kann auch die teilweise Vereinheitlichung der Entfernungstafel als ein weiterer Schritt zum geplanten einheitlichen Gütertarif innerhalb der Montan-Union angesehen werden.

Entwicklung der Transportkosten innerhalb der Montan-Union

Von—nach	Vor Beseitigung der Diskriminierungen	Nach Beseitigung	Nach Einführung der direkten Tarife	
			1. V. 55	1. V. 56
in fr. pro t				
Koks				
Gelsenkirchen—Home Court ...	2.331	1.992	1.694	1.599
(Dtschl.) (Frankr.)				
Gelsenkirchen—Esch sur Alzette	2.603	2.546	2.128	1.962
(Dtschl.) (Lxgb.)				
Zeebrugge—Thionville	1.692	1.625	1.661	1.579
(Belg.) (Frankr.)				
Lutterade—Thionville	2.003	1.645	1.491	1.305
(Holland)				
Kokskohle				
Alsldorf—Saarbrücken	2.157	1.959	1.668	1.599
Kohle				
Reden Grube—Regensburg	3.187	2.633	2.419	2.341
(Saarl.)				
Eisenerz				
Nancy—Ougree	850	784	674	606
(Frankr.) (Belg.)				
Bingen—Völklingen (Saarl.) ...	1.220	779	671	599
Tetange—Duisburg	1.243	1.067	973	912
(Lxgb.)				

Die Bedeutung der Montantariife für Österreich

Die Auswirkungen der Montantariife auf Österreich können vorläufig noch nicht überblickt werden. Sie hängen teilweise davon ab, wie die Beziehungen der Montan-Union zu „dritten“ Staaten geregelt werden. Die Maßnahmen der ersten Etappe waren im Kohlenbezug für Österreich insofern günstig, als der deutsche Kohlentarif für den kombinierten Bahn-Wasser-Weg (AT 6 DU 1), der bisher nur für deutsche Kohle galt, auch (für die deutsche Strecke) auf Kohle aus anderen Ländern der Union ausgedehnt wurde. Österreich kann damit auch aus dem Saarland, Lothringen usw. Kohle zu den billigeren Sätzen des AT 6 DU 1 importieren.

Wichtig ist für Österreich die Bestimmung, den direkten Tarifen einen „allgemeinen Geltungsbereich“ zu

geben. Das bedeutet, daß auch dritte Staaten in den Genuß der Frachtverbilligung kommen, wenn sie Montangüter, die mindestens einen Mitgliedstaat transitieren, ein- oder ausführen. Für Transporte von Linz nach Antwerpen oder umgekehrt entfällt damit der Frachtenbruch an der belgisch-deutschen Grenze. Damit senken sich zwar die Frachtkosten, sie liegen aber immer noch höher als auf gleichen Strecken der Union, da der Frachtenbruch an der österreichischen Grenze erhalten bleibt und auch die Abfertigungsgebühr zweimal verrechnet wird. Da diese Differenz immer bestehen wird, muß der österreichische Verfrächter stets höhere Frachtkosten bezahlen, als sie auf gleichen Strecken innerhalb der Gemeinschaft gelten. Er wird daher gegenüber den Konkurrenten der Montan-Union benachteiligt sein, es sei denn, die Österreichischen Bundesbahnen verzichten auf die Abfertigungsgebühr und senken entsprechend die Frachtsätze, was sie übrigens teilweise auch durchführen müßten, wenn Österreich der Union beitreten würde, denn die erreichten Frachtverbilligungen innerhalb der Union gehen ausschließlich zu Lasten der Bahnen.

Österreich besitzt aber in den Verhandlungen mit der Union (ähnlich wie die Schweiz) insofern eine günstige Position, als die meisten Transporte zwischen Italien und den anderen Mitgliedstaaten über Österreich gehen. Italien kann daher erst dann in den Genuß der direkten Tarife gelangen, wenn der Frachtenbruch an den österreichischen Grenzen in irgendeiner Form beseitigt ist. Österreich ist dadurch in seinen Verhandlungen ein ziemlich weiter Spielraum gegeben.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Das Handelsbilanzpassivum, das in den beiden Vormonaten leicht zurückgegangen war, stieg im März auf 615 Mill. S, den bisher höchsten Stand, weil die Einfuhr mehr, die Ausfuhr weniger als saisongemäß zunahm. Die Einfuhr stieg um 26% auf 2.077 Mill. Schilling, die Ausfuhr um 13% auf 1.462 Mill. S.

Die Einfuhr war volumenmäßig mit 184 (1937 = 100) um zwei Punkte größer und wertmäßig nur um 1,4% kleiner als im Dezember 1954. Der Rekordwert dieses Monats wurde nur infolge von Rückgängen der Importe aus Osteuropa und Jugoslawien nicht überboten. Die Einfuhren aus den meisten anderen Gebieten (Westeuropa, Amerika, Asien und Afrika) erreichten Höchstwerte. Besonders stark stieg die Einfuhr von Dezember auf März aus Frankreich und Großbritannien (von 231 Mill. S auf 313 Mill. S). Aus diesen Ländern wurden vor allem mehr Futter- und Düngemittel, Textilien sowie überseeische Waren bezogen. Die Importe aus den Vereinigten Staaten stiegen in der gleichen Zeit von 79 Mill. S auf 130 Mill. S. Die kommerzielle Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten, die in den beiden Vorjahren aktiv war, ist im I. Quartal dieses Jahres mit 173 Mill. S passiv geworden. Der Einfuhrüberschuß wäre noch höher, wenn nicht seit der Liberalisierung in steigen-

dem Maße amerikanische Waren indirekt (über westeuropäische Staaten) bezogen würden. Im März erreichten diese indirekten Importe fast 100 Mill. S. Im Falle einer Dollarliberalisierung würde ein Teil dieser indirekten Bezüge in direkte, in Dollar zahlbare Importe umgewandelt werden; außerdem müßte man auch mit *zusätzlichen* Importen amerikanischer Waren rechnen. Es würden dann mehr Dollars abfließen, dafür aber könnte die EZU-Abrechnung etwas entlastet werden.

Einfuhr aus den USA

Zeit	Einfuhr von in Amerika erzeugten Waren	Davon direkt aus Amerika bezogen Mill. S	Indirekte Bezüge
1953 Ø	65'7	65'4	0'3
1954 Jänner	91'5	87'3	4'2
Februar	82'8	69'8	13'0
März	73'1	48'7	24'4
April	88'3	23'2	65'1
Mai	84'7	42'3	42'4
Juni	63'0	42'5	20'5
Juli	61'7	38'8	22'9
August	75'8	53'3	22'5
September	52'9	30'9	22'0
Oktober	86'5	38'2	48'3
November	110'8	49'8	61'0
Dezember	150'0	79'2	70'8
1955 Jänner	131'5	109'7	21'8
Februar	116'8	95'9	20'9
März	228'1	129'8	98'3

Auch die Einfuhr aus Westdeutschland und Italien, den beiden wichtigsten Nachbarpartnern, stieg von Februar bis März ziemlich stark, erreichte aber nicht ganz das Dezemberebene. Dagegen wurde im März aus Osteuropa viel weniger eingeführt als in den vergangenen Monaten. Der Anteil dieses Raumes an der Gesamteinfuhr erreichte mit 8% den bisher tiefsten Stand.

In allen wichtigen Warengruppen wurde im März mehr eingeführt als im Februar, an Rohstoffen und Halbfertigwaren sogar mehr als in irgendeinem früheren Zeitpunkt. Von Maschinen abgesehen, erreichten auch die Fertigwaren einen neuen Höchstwert. Zwar hat auch die Einfuhr von Maschinen und Apparaten um 45% zugenommen, das abnormal hohe Niveau vom Dezember 1954 wurde aber doch nur zu zwei Dritteln erreicht. Die neuerlich steigende Tendenz der Maschineneinfuhr deutet darauf hin, daß die lebhafte Investitionstätigkeit die Importe nach wie vor stark beeinflusst.

Die *Ausfuhr* ist zwar im Vergleich zu Februar fast durchwegs gestiegen, blieb aber in allen großen Warengruppen unter dem Dezemberhöchststand, wertmäßig insgesamt um 4'3%, volumenmäßig um 12 Punkte. Nur einzelne Waren erzielten neue Exporthöchstwerte. Begünstigt durch die internatio-

nale Konjunktur konnten Eisen und Stahl im Werte von 233'5 Mill. S exportiert werden; das sind 16% des Gesamtexports. Im Jahre 1954 und in den beiden ersten Monaten 1955 betrug dieser Anteil nur 13'8% und 15'1%. Auch auf die Aluminium- und Magnesiaausfuhr wirkte sich der konjunkturelle Auftrieb aus. Die Holzausfuhr ist im März gleichfalls wieder gestiegen; mengenmäßig war sie die höchste seit Dezember, wertmäßig sogar die höchste seit August. Diese Steigerung wurde durch die Ausnutzung früherer Exportbewilligungen möglich. Da bereits ab Mai die Lockerungen der Ausfuhrbeschränkungen fühlbar werden, dürfte sich der Holzexport heuer auf einem höheren Niveau halten, als erwartet wurde. Einen Höchstwert erzielte ferner im März die Ausfuhr von Motorrädern (4.752 Stück). Die Ausfuhr von Bekleidung konnte zwar der Saison entsprechend gesteigert werden, erreichte aber nicht den Höchststand der Herbstsaison. Die Ausfuhr aller anderen wichtigen Exportwaren blieb hinter den Dezemberwerten zurück oder wich nur wenig von ihnen ab.

Ein Vergleich der Außenhandelsergebnisse für das I. Quartal 1955 mit dem IV. Quartal 1954 und mit dem I. Quartal 1954 läßt auf der Ein- und auf der Ausfuhrseite deutlich die saisonalen und konjunkturellen Einflüsse erkennen. Der übliche saisonmäßige Rückschlag zu Jahresbeginn (Jänner, Februar) erklärt den Rückgang gegenüber dem IV. Quartal 1954; die gute internationale und die anhaltend starke Binnenkonjunktur erklärt die Ausweitung gegenüber dem I. Quartal des Vorjahres. Die Importe stiegen allerdings viel stärker als die Exporte. Im I. Quartal 1955 waren (saisonbedingt) die Importe nur 1'5%, die Exporte aber um 6'4% niedriger als im IV. Quartal 1954, während die Importe gegenüber dem I. Quartal 1954 um 49% stiegen, die Exporte aber nur um 12% stiegen. Das Handelsbilanzpassivum hat sich dadurch von 36 Mill. Schilling im I. Quartal 1954 auf 1.207 Mill. S im IV. Quartal und 1.401 Mill. S im I. Quartal 1955 vergrößert. Auf die Dauer wird die Zahlungsbilanz nur ausgeglichen werden können, wenn es gelingt, die Expansionsraten von Einfuhr und Ausfuhr besser in Einklang zu bringen. Da der österreichische Staatsvertrag bei der Dienstleistungsbilanz einen fühlbaren Ausfall von Deviseneinnahmen (Beiträge der Besatzungsmächte) zur Folge haben wird, wird diese Aufgabe in Zukunft noch dringlicher werden.

Ein- und Ausfuhr

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1.000 f	Mill. S	1.000 f	Mill. S
1954 I. Quartal	1.876	3.623	1.205	3.587
IV. Quartal	2.538	5.494	1.407	4.287
1955 I. Quartal	2.575	5.414	1.347	4.013